Gesunde Städte

nachrichten

2017

Gesunde Städte-Netzwerk
der Bundesrepublik Deutschland

Gesunde Städte und Gemeinden von morgen!

Gesundheit, gegenseitige Hilfe und Sicherheit

Für Ihre Veranstaltung!

Gerne stellen wir Ihnen für Ihre Veranstaltung ein Roll up mit allen Mitgliedsstädten (Stand Mai 2017) des Gesunde Städte-Netzwerks zur Verfügung (Leihobjekt).

Bei Interesse einfach im GSN-Sekretariat melden!

Impressum

Ausgabe Nr. 1 / Mai 2017

Anschrift Herausgeber und Redaktion
Gesunde Städte-Sekretariat
c/o Stadt Frankfurt am Main
- Der Magistrat -
Gesundheitsamt
Breite Gasse 28 · 60313 Frankfurt am Main

Gesunde Städte-Telefon: 069 212-37798
gesunde.staedte-sekretariat@stadt-frankfurt.de
www.gesunde-staedte-netzwerk.de
Twitter: Salutogenese @gesunde_staedte

Redaktion
Reiner Stock, Marion Wolf,
Dr. Hans Wolter (V.i.S.d.P.)

Gestaltung und Konzeption
Kathrin Blumentritt, joost@blume-im-inter.net

Titelbild
© Maria Garz, Projekt „Grünau bewegt sich“

ISSN 2509-3045, 20. Jahrgang,
1. Auflage 3.500 Stück

Die Gesunde Städte-Nachrichten sind ein Forum des Informationsaustausches. Die Beiträge müssen daher nicht der Meinung der Redaktion und des Herausgebers entsprechen.

Gender-Formulierung
Die Redaktion hat darauf verzichtet, in den Texten auf eine einheitliche Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen wie zum Beispiel „Autoren/innen“ zu achten. Wir möchten damit die bevorzugten Schreibweisen der unterschiedlichen Autorinnen und Autoren respektieren.

Nachdruck einzelner Artikel nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und der Autorinnen und Autoren.

Inhalt

Titel

4 **Editorial**

6 **Ist Teilhabe am Gesundheitssystem für jeden möglich?**
Vierte Gesundheitskonferenz der Stadt Mannheim

8 **Kommunale Gesundheitsförderung unter besseren landespolitischen Vorzeichen?**
Gesunde Stadt Stuttgart

10 **Netzwerk „Frühe Hilfen“**
ein sehr erfolgreiches Kooperationsprojekt im Siebengebirge

12 **„Brücken bauen“ beim Thema „Migration – Gesundheit – Selbsthilfe“**
Kooperationsprojekt der Selbsthilfe-Kontaktstelle und des Gesundheitsamtes Dortmund

14 **Gesund leben in Berlin-Pankow – in jedem Alter!**

16 **Psychosoziale Notfallversorgung als kommunale Aufgabe**
Hilfsstruktur von Bürgern für Bürger – Beitrag zum psychosozialen Schutzschild in Frankfurt am Main

Aus den Städten

18 **Gut und gesund aufwachsen in einem neu geplanten Stadtteil Münchens**

20 **Gesunde Städte-Netzwerk im Ennepe-Ruhr-Kreis**

22 **grünau bewegt sich**
Kindergesundheitsförderung im Stadtteil Leipzig-Grünau

24 **Sicher fühlen!**
Selbstuntersuchung zur Brustkrebsprävention in Bad Honnef

25 **Gesunde Stadt Nürnberg**
AOK Bayern fördert stadtteilbezogene Gesundheitsförderung

26 **Unterstützung junger Familien in Neukölln**
auch mit einzigartiger App

28 **Lübeck – Leben und Wohnen im Alter**

30 **Netzwerk „Gesunde Kommune“ Gera startet durch**

32 **Gesundes Altwerden**
Mitmachtag der Region Hannover verschafft Überblick

34 **aufgeweckt in Neuss**
Gesundes Aufwachsen im Quartier

36 **Sektorübergreifendes Casemanagement im Kreis Lippe**

38 **Gesundheitsregionen^{plus}**
Chance zur Vernetzung am Beispiel der Gesundheitsregion^{plus} Nürnberg

41 **Stadtgesundheitsprofil der Landeshauptstadt Dresden erschienen**
Stadträumliche Datenanalyse Daten für Taten

42 **Kieler Gesundheitsberichte 2016**
- Schulanfängerinnen und Schulanfänger
- Sozialbericht
- Frühe Hilfen

Aus dem Netzwerk

44 **Neu dabei im Gesunde Städte-Netzwerk**
- Frankenberg (Eder)
- Landkreis Marburg-Biedenkopf
- Rheine
- Oberhausen
- Wiesbaden

49 **Bericht vom Kompetenzforum des GSN in Leipzig**
Kommunale Gesundheitsversorgung und Gesundheitsförderung für Zuwanderer

50 **Imagekampagne zur Jungen Selbsthilfe wird vom Gesunde Städte-Netzwerk unterstützt**

51 **Fachlicher Austausch im Regionalen Netzwerk – Wozu?!**

52 **Gesunde Städte-Netzwerk**
Gute Gründe für Ihren Beitritt

55 **Das kann Selbsthilfe!**
Wanderausstellung kann gebucht werden

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Sicherheit spielt derzeit eine Hauptrolle im öffentlichen Diskurs. Gefährdungslagen und Großschadensereignisse aller Art überdecken dabei immer mehr die alltägliche Dimension von Sicherheit und ihre Bedeutung für die individuelle Gesundheit und Lebenserwartung. Inzwischen bemerkt aber jeder von uns die zurückgehende Bedeutung von Fürsorge und Schutzregeln im Alltag, z. B. für Verbraucher, für Kassenpatienten, für Mieter oder auch den personellen Rückzug der Polizei aus der Präsenz in Wohnquartieren. Wir wollen mit diesem Heft darauf aufmerksam machen, dass viele Ressourcen und Regeln eine Rolle für die Sicherheitsgefühle und die Gesundheit der Bevölkerung spielen. Vor allem soziale Sicherheit und Berechenbarkeit im eigenen Lebensumfeld gehören dazu, aber auch Transparenz, Information und Teilhabe.

Gesunde Städte und Gemeinden versuchen dem mit einer zuverlässigen kommunalen Daseinsvorsorge Rechnung zu tragen und ergreifen viele Initiativen für Gesundheit, Sicherheit und Lebensqualität der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, auch von benachteiligten. Während Länder, Bund und die EU den gesetzlichen Rahmen abstecken (und häufig dabei schwächeln), werden individuelle Gesundheit, Schutz- und Hilfsmöglichkeiten bei häuslicher und außerhäuslicher Gewalt, eine gesunde Umwelt und Lebensqualität in Wohnquartieren, im Kiez oder Stadtteil vor allem durch die Kommunalpolitik und engagierte Bürgerinnen und Bürger hergestellt.

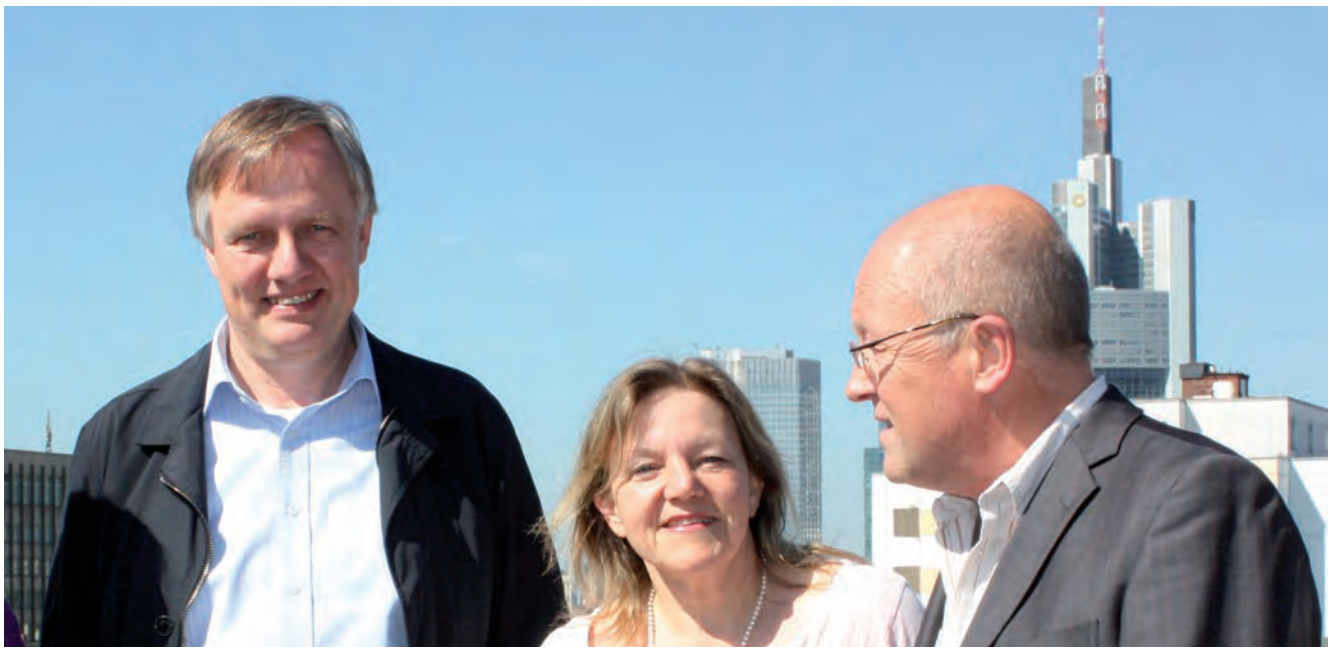
Dazu gehören aus der Sicht des Gesunde Städte-Netzwerks eine gute Gesundheitsberichterstattung, eine gesundheitsförderliche Organisationsentwicklung, ressortübergreifende und integrative Zusammenarbeit bei der Stadtplanung und die Erhöhung öffentlicher Verantwortung für die Sicherheit im Lebensumfeld der Menschen. Psychosoziale Angebote in Stadtteilen, die Betreuung von Kindern und Jugendlichen, die Inklusion der Migranten und die Teilhabe der alten und kranken Menschen werden ebenso gebraucht wie eine bürgernahe Polizei, ein ressourcenorientierter Katastrophenschutz und die Sauberkeit und Hygiene in öffentlichen Anlagen und Einrichtungen.

Mehrere Artikel haben wir herausgestellt, weil sie exemplarisch kommunales Handeln für Sicherheit, gegenseitige Hilfe und gesundheitliche Prävention aufzeigen. Beispielsweise die kommunalen Gesundheitskonferenzen in Mannheim und Stuttgart. Sie verdeutlichen, wie gelungene kommunale Kooperationen, ebenso wie eine entsprechende Gesundheitsberichterstattung, eine entscheidende Grundlage für gesundheitliches Präventionshandeln in allen Lebenslagen darstellen. Aus Frankfurt am Main kommt die Beschreibung eines ressourcenorientierten Ansatzes für die psychosoziale Notfallversorgung nach Großschadensereignissen. Und aus Bad Honnef und dem Siebengebirge wird berichtet, wie die „Frühen Hilfen“ in einem ländlichen Raum wie dem Rhein-Sieg-Kreis erfolgreich koordiniert werden. Dortmund hat sich exemplarisch mit dem Thema befasst, wie man Menschen mit Migrationsgeschichte für die Gesundheitsselbsthilfe gewinnen kann. Sie alle zeigen, welch wichtige Beiträge gerade die kommunale Gesundheitsförderung zu diesen im wahrsten Sinne des Wortes „lebenswichtigen“ Themen leisten kann und leisten muss.

Es erreichten uns für diese Ausgabe wesentlich mehr Beiträge als beim letzten Mal, was uns sehr freut und weswegen diese Ausgabe um einige Seiten zugelegt hat. Alle, die dies wünschten, sollten Platz finden. Herzlichen Dank allen Autorinnen und Autoren.

Ihnen – liebe Leserinnen und Leser – wünschen wir neue spannende Einsichten und möglichst viele gesundheitsfördernde Gedanken.

Herzliche Grüße aus der Redaktion
im Gesunde Städte-Sekretariat
Reiner Stock, Marion Wolf und Hans Wolter



© Bild: Sekretariat Gesunde Städte-Netzwerk

v.l.n.r.: Reiner Stock, Marion Wolf und Dr. Hans Wolter

Vierte Gesundheitskonferenz der Stadt Mannheim

Ist Teilhabe am Gesundheitssystem für jeden möglich?

Unter dem Titel „Ist Teilhabe am Gesundheitssystem für jeden möglich?“ fand am 1. Dezember 2016 die 4. Kommunale Gesundheitskonferenz Mannheim statt. Die Konferenz richtet sich an alle lokalen gesundheitsrelevanten Akteure und wird seit 2012 vom Fachbereich Gesundheit der Stadt Mannheim veranstaltet. Bei der 4. Kommunalen Gesundheitskonferenz folgten rund 90 Vertreter*innen der Bereiche Soziales, Migration und Gesundheit sowie Selbsthilfe, Krankenkassen und Kliniken der Einladung.

„Gesundheitliche Benachteiligung ist kein Ressourcenproblem, sondern ein Einnahme- und Verteilungsproblem.“

Zu Veranstaltungsbeginn stellte beim Markt der Möglichkeiten eine bunte Vielzahl Mannheimer Akteure ausgewählte Angebote vor, durch die bereits ein niedrigschwelliger Zugang zum Gesundheitssystem gelungen ist. Aussteller waren unter anderem das ElKiZ Rheinau (Eltern-Kind-Zentrum), KOSI.MA (Kompetenzzentrum zu sexuell übertragbaren Infektionen Mannheim), MAG1 (Mannheim gegen Einsamkeit), das Quartierbüro Wohlgelegen, der Gesundheitstreffpunkt mit dem Projekt Beraber elele sowie Gesundheitslotsen Mannheim und das GeriNetzBW. Dieses Angebot wurde intensiv von allen Teilnehmenden zum Informationsaustausch und Vernetzen genutzt.

Anschließend erhielten die Teilnehmenden durch drei sehr unterschiedliche Vorträge einen Eindruck über die Bandbreite der alltäglichen Hürden für Betroffene und Akteure sowie potenzielle Lösungswege aufgezeigt. Die Pfarrerin der CityGemeinde Hafen-Konkordien, Frau Sobottke berichtete von Gemeindemitgliedern, die ohne Obdach sind, keine Papiere haben, kognitiv eingeschränkt und/oder pflegebedürftig sind. Einigen von ihnen blieb lebensnotwendige Unterstützung aufgrund systemischer Hürden oder gar Ignoranz untersagt. Des Weiteren hielten Herr Prof. Dr. Trabert und Frau Kleinehanding von Armut und Gesundheit in Deutschland e.V. einen couragierten Vortrag. Sie warben hierbei für mehr unabhängige Beratungsangebote und stellten in diesem Zusammenhang das Mainzer Modell vor. Dieses ist vor allem durch die aufsuchende medizinische Versorgung und parallel laufende soziale Beratung gekennzeichnet. Als weiteres Good-Practice-Beispiel stellten Frau Kau und Frau Hüther vom Büro für Leichte Sprache der Gemeindediakonie ihre Arbeit vor und lieferten anhand von praktischen Beispielen Tipps für das Verfassen von Texten in Leichter Sprache.

Nach einer Pause waren dann die teilnehmenden Akteure gefragt, in Arbeitsgruppen themenspezifisch alltägliche Chancen und Hürden für einen besseren Zugang zum Gesundheitssystem zu identifizieren und potenzielle Lösungswege zu erarbeiten. Hierfür konnten sich die Teilnehmenden vorab für eines der folgenden fünf Themenfelder anmelden:

- Sprachliche Dimension
- Rechtliche Dimension
- Kognitive Dimension
- Kulturelle Dimension
- Soziale Dimension

Die Diskussionsgruppen wurden jeweils von zwei Expert*innen aus der Praxis moderiert. Nachdem eine Vielzahl von Chancen und Barrieren hinsichtlich der Zugänge zum Gesundheitssystem gesammelt waren, wurde abschließend

eine Priorisierung von allen Akteuren der jeweiligen Diskussionsgruppe vorgenommen und die Ergebnisse wurden im Plenum vorgestellt. Eine Übersicht und Zusammenfassung der Arbeitsgruppenergebnisse liefert unten stehende Abbildung.

Auf Grundlage der erarbeiteten Chancen und Barrieren wurden Anfang 2017 Arbeitskreise auf den Weg gebracht. Hierbei sollen Lösungen für Barrieren sowie niedrigschwellige Angebote erarbeitet werden, um bessere Zugänge zum Gesundheitssystem zu schaffen und Teilhabe zu fördern. Eine Dokumentation inklusive der Arbeitsergebnisse der Konferenz ist unter www.mannheim.de/de/service-bieten/gesundheit/kommunale-gesundheitskonferenz zu finden. ■

„Wenn man niemanden kennt, der Kontakt zu der Zielgruppe hat, ist man verloren. Dann sitzt man im Büro mit seinen Flyern und niemand holt sie ab.“

Kontakt
Katja von Bothmer
Stadt Mannheim, Fachbereich Gesundheit
katja.von.bothmer@mannheim.de

Übersicht und Zusammenfassung der Arbeitsgruppenergebnisse

Sprachliche Dimension

Chancen
- Wichtige Informationen in leicht verständlicher Sprache (Flyer etc.)
- Mitarbeiter mit verschiedenen Sprach- und Kulturkenntnissen

Barrieren
- Fehlendes Bewusstsein bei Mitarbeitern
- Fehlende Piktogramme

Soziale Dimension

Chancen
- Zusammenführung aller Informationen und Angebote in Mannheim
- Finanzielle und politische Unabhängigkeit der Akteure (unabhängige Beratungsstellen)

Barrieren
- Diskrepanz und Widersprüche von Rechtsgrundlagen und Anforderungen an die Akteure (fehlende Verpflichtung zur leichten Sprache und Hilfestellung bei Anträgen)
- Unflexible Verwaltungsstrukturen der Stadt

Kulturelle Dimension

Chancen
- Maximaler Bekanntheitsgrad der Akteure und Angebote sowie bessere Vernetzung untereinander
- Einsatz von Multiplikatoren als Informationsmedien

Barrieren
- Berührungsängste, Scham
- Mangelnde Sprachkenntnisse

Rechtliche Dimension

Chancen
- Mehr individuelle Ermessensspielräume
- Gesetzliches Entlassmanagement ab Juli 2017

Barrieren
- Keine Vernetzung, Kommunikation oder Weiterleitung zwischen Leistungsträgern (Pflegekassen, Krankenhäusern, Krankenkassen, Sozialämtern)

Kognitive Dimension

Chancen
- Case-Management (Begleitung während und nach Krankenhausaufenthalt)
- Niedrigschwellige, aufsuchende Angebote (WILL, ElKiZ, Hausbesuche)
- Schulung von Mitarbeitern

Barrieren
- Komplexität der Systeme
- Keine Finanzierung externer Assistenzen (Graubereich)

Zusammenfassung

1. **Überblick** über Akteurs- und Angebotslage
2. **Vernetzung**
3. **Informationsvermittlung und Beratung** (Flyer, Anträge in leichter Sprache, Multiplikatoren, etc.)
4. **Sensibilisierung** von Mitarbeitern
5. Finanzielle und politische **Unabhängigkeit**

Gesunde Stadt Stuttgart

Kommunale Gesundheitsförderung unter besseren landespolitischen Vorzeichen?

Gesundheitsförderung in Baden-Württemberg heute – ein Schlaraffenland?

In Baden-Württemberg gibt es derzeit eine historisch anmutende positive Entwicklung hin zu mehr Gesundheitsförderung, die durch Gesetze untermauert wird. Zum einen wurde zu Beginn 2016 ein neues Landesgesundheitsgesetz (LGG) erlassen mit dem Ziel, Gesundheitsförderung und gesundheitliche Prävention als vierten Sektor des Gesundheitswesens fest zu etablieren. Beispielsweise wird in diesem Gesetz die Kommunale Gesundheitskonferenz als Pflichtaufgabe festgeschrieben und eine Landesgesundheitskonferenz eingesetzt.

Zum anderen wurde das Gesetz zum Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG) in Baden-Württemberg erneuert. Hier werden die Aufgaben der Gesundheitsberichterstattung und der Gesundheitsförderung deutlich ausführlicher beschrieben als zuvor. Dabei wird erstmalig der Begriff der Gesundheitsplanung benutzt, um zum Ausdruck zu bringen, dass es, ganz im Sinne vom bekannten WHO-Schlagwort „health in all policies“, um den Aufbau und die Entwicklung von Strukturen, Vernetzungen und gemeinsame sektorübergreifende Planungen geht, um wirklich nachhaltig wirken zu können. Als Struktur wird die Kommunale Gesundheitskonferenz genannt und es werden Bürgerbeteiligungsverfahren als wichtiges und wirksames Instrument begrüßt.

Bemerkenswert: Laut ÖGDG liegen damit zwei von vier Kernbereichen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes in dem Bereich der Gesundheitsplanung!

Die Gesetze greifen ineinander, was derzeit in Baden-Württemberg einen gewissen Schub für die Gesundheitsförderung auslöst. Dies mag sich anhören, als wäre Baden-Württemberg ein Schlaraffenland für die Gesundheitsförderung, doch davon sind wir weit entfernt. So sind die finanziellen Mittel für personelle Ressourcen für diese Aufgaben sehr bescheiden. Vor allem die kleineren Gesundheitsämter im Flächenland, die bislang kaum Gesundheitsförderung, geschweige denn Gesundheitsberichterstattung umgesetzt haben, tun sich mit dieser Aufgabe schwer. Dazu sind neue Aufgaben hinzugekommen, wie z. B. das sich Kümmern um die (land)ärztliche Versorgung, die Krankenhausplanung und die Pflege. Dabei haben die Gesundheitsämter hier keine Planungshoheit, sondern sind nach wie vor auf die freiwillige Mitarbeit der anderen Ämter und Institutionen angewiesen. Und Bürgerbeteiligungsverfahren sind zwar wichtig und versprechen auch mehr Nachhaltigkeit, doch sie sind aufwendig und langwierig.

Trotzdem, so sind wir in Stuttgart überzeugt, ist der beschrittene Weg richtig. Im Folgenden möchten wir dieses Vorgehen anhand der Planungen und Umsetzungen des neuen Stuttgarter Kindergesundheitsberichts darstellen.

Der Stuttgarter Kindergesundheitsbericht

Bereits seit vielen Jahren stellt das Gesundheitsamt Auswertungen zur Verfügung, die die Kindergesundheit für die gesamte Stadt Stuttgart beschreiben. Dies waren und sind wichtige Anhaltspunkte für den aktuellen Gesundheitszustand der Stuttgarter Kinder sowie für zeitliche Trends und Entwicklungen.

Dabei wurde immer wieder deutlich, dass gesamtstädtische Ergebnisse für kleinräumige Planungen zu grob sind. Stadtweite Ergebnisse können den spezifischen Gegebenheiten in den einzelnen Stadtteilen nicht gerecht werden. Deshalb haben wir nun erstmals Ergebnisse für die Stuttgarter Stadtteile vorgelegt. Sie basieren auf der Auswertung von fünf zusammengefassten Einschulungsjahrgängen (Erhebungszeitraum von 2009 bis 2014) mit Daten von insgesamt knapp 25.000 Kindern. Wie bei allen Auswertungen haben wir auch hier Wert auf aussagekräftige, also belastbare und qualitätsgesicherte Daten gelegt.

© Bild: Gesundheitsamt Stuttgart

Stuttgarter Kindergesundheitsbericht 2015 zum Download auf www.stuttgart.de

Dafür wurden insgesamt 20 Indikatoren ausgewählt, die sich auf die Gesundheit der Kinder, auf ihren Entwicklungsstand, auf ihre Lebenswelt sowie auf Versorgungsaspekte beziehen. Mit der thematischen Breite der Indikatoren soll verdeutlicht werden, dass Gesundheit von der Lebenssituation und der Umwelt wesentlich beeinflusst wird. Die Gesundheits- und Entwicklungsdaten sind zum Teil auch im Sozialmonitoring der Stadt Stuttgart zu finden (www.stuttgart.de/sozialmonitoring). Die ergänzenden Lebensweltdaten wurden von anderen Ämtern (Amt für Sport und Bewegung, Amt für Umweltschutz, Jugendamt und Statistisches Amt) zur Verfügung gestellt und sind größtenteils ebenfalls im Sozialmonitoring verfügbar. Somit werden im Stuttgarter Kindergesundheitsbericht erstmalig Gesundheits-, Lebenswelt- und Versorgungsdaten zusammen gebracht, was unser umfassendes Verständnis von Gesundheit widerspiegelt.

Unser Ziel ist es, dass alle Stuttgarter Kinder unabhängig von ihrer sozialen Situation die gleichen Chancen auf Gesundheit und Entwicklung haben. Dazu müssen wir neue Herausforderungen rechtzeitig erkennen und zielgerichtet und nachhaltig darauf reagieren. Dafür bietet der vorliegende Bericht eine exzellente Diskussions- und Planungsgrundlage, sowohl für die Arbeit unseres eigenen Amtes und für andere Ämter der Stadtverwaltung als auch für externe Organisationen und Kooperationspartner. Diese Daten werden für Taten genutzt, um im Rahmen der Stuttgarter Gesundheitskonferenz Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention zu entwickeln und möglichst strukturell und nachhaltig zu verankern.

Gemeinsam mit anderen Partnern wollen wir die Herausforderung annehmen und die gesundheitsförderliche Gestaltung von Lebensräumen in den Stuttgarter Stadtteilen fortsetzen. Die Gesundheitskonferenz als Instrument hat sich hier bereits bewährt. Die Umsetzungen zur Kindergesundheit werden zunächst in zwei Stuttgarter Stadtteilen 2017 pilothaft geplant und umgesetzt.

Die Themen Bewegung, Ernährung, Übergewichtsprävention, Zahnpflege und seelische Gesundheit sind Kernthemen der Gesundheitsförderung. Dabei wird mit einem settingbezogenen Ansatz gearbeitet, d.h. die Maßnahmen zu Gesundheitsförderung und Prävention finden dort statt, wo sich die Kinder aufhalten und leben. Deshalb sind Eltern und Familien der Kinder sowie z.B. die Päd-

agogischen Fachkräfte in den Kindertagesstätten, in denen die Kinder einen großen Teil des Tages verbringen, die wichtigsten Ansprechpartner für die Gesundheitsförderung. Darüber hinaus geht es auch um weitere Themen im Stadtteil, wie z. B. die Lärmbelastung, Barrierefreiheit, Verteilung und Zustand von öffentlichen Spielflächen sowie um die Zugänge und die Einbeziehung von z. B. Menschen mit Migrationshintergrund oder von Alleinerziehenden.

Die ersten wichtigen Schritte im Stadtteil sind gegangen und die Beteiligten vor Ort sind sehr motiviert, mit uns zu arbeiten. Dies ist eine wichtige Basis für Veränderungen. Ob uns diese gelingen werden – wir werden sehen …

Kontakt
Heinz-Peter Ohm
Gesundheitsamt
Sachgebiet Strategische Gesundheitsförderung
Geschäftsstelle Gesundheitskonferenz Stuttgart
heinz-peter.ohm@stuttgart.de

Netzwerk „Frühe Hilfen“

ein sehr erfolgreiches Kooperationsprojekt im Siebengebirge

© Bild: fotolia.com / abcmedia

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Netzwerkes „Frühe Hilfen“ im Siebengebirge trafen sich im Rathaus der Gesunden Stadt Bad Honnef und Helga Martini, Leiterin des Jugendamtes der Stadt, konnte ebenso wie ihr Kollege aus Königswinter, Christian Weuthen, stolz sein auf das gemeinsam aufgebaute Netzwerk „Frühe Hilfen“.

„Frühe Hilfen“ vermittelt und informiert über freiwillige bedarfsgerechte Angebote für Schwangere und Familien mit Kindern von 0 bis 3 Jahren, damit die Kleinsten, die in der Öffentlichkeit wie beispielsweise in Kita oder Schule noch keine ausreichende Lobby haben, gesund aufwachsen. „Wir machen das zusammen“ lautet die entscheidende Aussage aller Beteiligten. Die Fachkräfte kommen aus den Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe, des öffentlichen Gesundheitswesens, der Schwangerenberatung und der Familienbildung. Die Idee des Netzwerkes „Frühe Hilfen“ im Siebengebirge ist es, die Kultur der Verantwortungsgemeinschaft von den Aktiven aus dem Gesundheitswesen, den Institutionen (Jobcenter, Polizei etc.), kommunalen und freien Jugendhilfeträgern bis hin zu den ehrenamtlich Tätigen und den Familien zum Wohle des Kindes zu etablieren.

Rita Rixen-Willmann vom Sozialdienst katholischer Frauen (SKF) betonte, dass „Frühe Hilfen“ einen niederschwelligen Zugang anbietet, der ohne Schreibtisch, ohne Anmeldung und ohne Kursgebühren auskommt.

Gemeinsam mit den Müttern und Vätern wird beraten, welche Hilfen in Frage kommen, denn die Lotsenfunktion durch die Beratungs- und Hilfsangebote ist ein wichtiges Anliegen des Netzwerks. Im Mittelpunkt steht die vertrauensvolle Zuwendung. Datenschutz wird ernst genommen. Nur wenn die Beratung freiwillig angenommen wird, gelingt Hilfe zur Elternselbsthilfe, was auch das Gesprächsthema des Netzwerktreffens im Rathaus war. Hierzu war Heike Trapphoff von der Selbsthilfe-Kontaktstelle des Rhein-Sieg-Kreises als kompetente Referentin eingeladen worden.

„Frühe Hilfen“ wird gesellschaftsübergreifend von Menschen aus allen Berufen in Anspruch genommen, denn der klassische Familienverband, in dem Oma und Opa helfend zur Seite standen und ihre Erfahrungen weitergaben, existiert nicht mehr. Der Fokus der Netzwerkorganisationen liegt auf den Problemfamilien. Gerade in Nordrhein-Westfalen gibt es immer mehr arme Väter und Mütter und die Zeit der Armut wird länger, so Gerd Weisel vom sozialpsychiatrischen Zentrum in Eitorf.

Die Städte Bad Honnef und Königswinter haben sich gemeinsam auf den Weg gemacht. Das Netzwerk ist stetig größer geworden und derzeit arbeiten um die 50 Aktive zusammen. Am 1.1.2012 trat das Bundeskinderschutzgesetz in Kraft, das die rechtliche Grundlage für die Hilfsangebote schafft. Prävention und Intervention sind die Aufgaben mit dem Ziel Kinderschutz.

In Bad Honnef bedeutet das, dass das städtische Netzwerk regelmäßig tagt, um Maßnahmen und Schritte miteinander abzustimmen. Leitungen der Eltern-Cafés, Familienhebammen, Ärzte und Ärztinnen sowie Mitarbeitende des Familienzentrums besprechen praxisbezogene Themen. Geleitet und moderiert werden diese Treffen von Marion Kramer, der Netzwerkkoordinatorin vom Jugendamt der Stadt Bad Honnef. Zur Diskussion stehen die kollegiale anonyme Beratung in Einzelfällen, Planungen von Veranstaltungen in den Eltern-Cafés wie Hebammensprechstunde oder Marte-Meo-Kurse sowie Angebote des Gesundheitsamtes und der Erziehungsberatungsstelle. ■

Kontakt

Marion Kramer
Stadt Bad Honnef
marion.kramer@bad-honnef.de

© Bild: Stadt Bad Honnef

„Brücken bauen“ beim Thema „Migration – Gesundheit – Selbsthilfe“

Kooperationsprojekt der Selbsthilfe-Kontaktstelle und des Gesundheitsamtes Dortmund

MIGRATION
GESUNDHEIT
SELBSTHILFE

Gesundheitliche Selbsthilfe und ehrenamtliches Engagement sind tragende Säulen im sozialen und gesundheitlichen System in Dortmund. Unübersichtliche Strukturen im Gesundheitswesen sowie unterschiedliche kulturelle Vorstellungen von Hilfe erschweren die Wege in Selbsthilfegruppen. Wie kann es gelingen, mehr Menschen mit Migrationsgeschichte für die Gesundheitsselbsthilfe zu gewinnen? Wie müssen die Strukturen der Selbsthilfe sein, um für Menschen mit einem Migrationshintergrund ansprechend und nutzbar zu sein? Diesen zwei zentralen Fragen sind die Selbsthilfekontaktstelle und das Gesundheitsamt Dortmund gemeinsam nachgegangen.

In der Fachveranstaltung „Migration – Gesundheit – Selbsthilfe“ ging es darum, die Akteure vor Ort für die Thematik zu sensibilisieren und Einschätzungen und Erfahrungen aus den verschiedenen Perspektiven zusammenzutragen. Eingeladen wurde ein breites Teilnehmerspektrum:

- Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus dem medizinischen Versorgungsbereich und aus sozialen Diensten und Beratungseinrichtungen
- Vertreterinnen und Vertreter aus Migrantenselbstorganisationen
- Selbsthilfegruppen

Prof. Dr. Haci Halil Uslucan, Leiter des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung an der Universität Duisburg-Essen, zeigte in seinem Vortrag psychosoziale Belastungen von Migrantenfamilien und die mögliche Bedeutung von Selbsthilfe auf. Kulturell unterschiedliche Vorstellungen von gegenseitiger Hilfe haben Auswirkungen auf die gesundheitliche Versorgung von zugewanderten Menschen in Deutschland. Deshalb muss die Bedeutung der Migrantenselbstorganisationen für die Inanspruchnahme von Selbsthilfeangeboten intensiver diskutiert werden und die interkulturelle Öffnung von Institutionen sowie von bestehenden Selbsthilfeangeboten gefördert werden.

Die anschließenden Workshops gingen drei Fragen nach:

- Was ist notwendig, um die Zugänge zur Selbsthilfe über den medizinischen Versorgungsbereich für Menschen mit einem Migrationshintergrund durchlässiger zu machen?
- Wie muss Selbsthilfe beschaffen sein, um von Menschen anderer Herkunft in Anspruch genommen zu werden?
- Welche Rolle spielen dabei Migrantenselbstorganisationen?

Zwei wesentliche Ergebnisse wurden in den Workshops festgehalten:

1. Es werden „Mittler“ benötigt, die über Angebote und Ansprechpartner/innen informiert sind, um bei Bedarf Wege in die Selbsthilfe aufzeigen zu können. Eine stärkere Vernetzung mit professionell und nicht professionell Tätigen ist wichtig.

© Bild: hurca.com / fotolia.com

2. Strukturen der Selbsthilfe sollten an die verschiedenen Hilfebedarfe und -verständnisse angepasst werden.

Anknüpfend an diese Ergebnisse folgte im Oktober 2016 ein Vernetzungstreffen. Unter dem Motto „Brücken bauen“ sollten Verbindungen zwischen professionell und nicht professionell Tätigen im gesundheitlichen und sozialen Hilfesystem aufgebaut werden. Mit der Methode „Speed Dating“ lernten sich zunächst die 45 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kennen. Im Anschluss blieb Zeit zum weiteren Austausch, um Kontakte für die berufliche und ehrenamtliche Arbeit zu knüpfen. Bereitgestellt wurden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein Leitfaden mit Fragen zum Austausch sowie „Visitenkarten“, die vor Ort mit eigenen Angaben ergänzt und weitergegeben werden konnten.

Die durchgeführten Kooperationsveranstaltungen verdeutlichen auch, wie die Zusammenarbeit zwischen Selbsthilfe und ÖGD geligen und eine interkulturelle Sensibilisierung auf allen Seiten unterstützen kann. ■

© Bild: Gesundheitsamt Dortmund

Kontakt

Lioba Heuel
Selbsthilfe-Kontaktstelle Dortmund
lioba.heuel@paritaet-nrw.org

Jennifer Beck
Gesundheitsamt Dortmund
Koordinationsstelle im Gesundheitsbereich
jbeck@stadtdo.de

www.gesundheitsamt.dortmund.de

Gesund leben in Berlin-Pankow – in jedem Alter!

Der Berliner Bezirk Pankow, der seit 2002 Mitglied im Gesunde Städte-Netzwerk ist, verfügt über ein vielfältiges Angebot zur Gesundheitsförderung für unterschiedliche Zielgruppen von jungen Familien bis zu hochaltrigen Menschen. Um die zahlreichen Maßnahmen ressortübergreifend besser zu koordinieren und Veränderungsprozesse anzuregen, erachtet der Bezirk den Aufbau bzw. Ausbau von kommunalen Strategien im Sinne von Präventionsketten als äußerst sinnvoll.

Die ressortübergreifende Arbeitsgruppe „Präventionsketten Pankow“ mit Beteiligten aus den Fachbereichen Gesundheit, Jugend, der Stiftung SPI und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie koordiniert die Prozesse im Bezirk. Entsprechend der Schwerpunktsetzungen werden weitere Fachkräfte aus den zuständigen Ämtern hinzugezogen und selbstverständlich gibt es eine enge Kooperation mit freien Trägern, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, Senioreneinrichtungen sowie Selbsthilfeinitiativen.

Ein gelungener Auftakt zur Entwicklung der Pankower Präventionsketten war die Gesundheitskonferenz im Mai 2016, auf der sich das Fachpublikum allgemein über das Modell der Präventionskette informieren konnte.

Anhand des Themenschwerpunkts „Bewegungsförderung in jedem Alter“ diskutierten die Teilnehmenden über lebensphasenübergreifende Angebotsstrukturen, benannten Lücken und Bedarfe.

Es ist geplant, die Thematik im 1. Halbjahr 2017 in den bezirklichen Planungsraumkonferenzen zu vertiefen, um Bewegungsangebote aufeinander abzustimmen bzw. neue Unterstützungsstrukturen zu entwickeln.

© Bild: Bezirksamt Berlin-Pankow

Im Rahmen des Aktionsprogramms Gesundheit (APG) der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung erhielten die Berliner Bezirke große Unterstützung durch die Bereitstellung finanzieller Mittel. Zur Zielstellung, eine gesamtstädtische Präventionsstrategie zu entwickeln, möchte der Bezirk Pankow gerne seinen Beitrag leisten. So wurden die APG-Mittel für Bewegungsförderungs-Maßnahmen eingesetzt, die sich in den Aufbau der Präventionsketten einordnen:

Projekt „Bewegung im öffentlichen Raum“ in der Bezirksregion Niederschönhausen – durch: inga – Institut für gesundes Arbeiten

Von Juli bis Dezember 2016 wurde mit einem partizipativen Ansatz eine Bestandsaufnahme hinsichtlich von Potenzialen und Defiziten für Möglichkeiten zur Bewegung im öffentlichen Raum vorgenommen. Ermittelt wurden u.a. „Wohlfühlorte“ und „Nicht-Wohlfühlorte“ sowie Lieblingsspazier- und -radwege. Von den Bürgern gewünscht wurden z. B. Motorikparks und Bewegungsparcours, aber auch eine klarere Abgrenzung der Verkehrsarten Rad/Fuß/Straße. Diese Ergebnisse wurden allen Fachämtern vorgestellt.

Es ist geplant, in diesem Jahr im Ortsteil Niederschönhausen praktische niedrigschwellige Bewegungsangebote im Freien zu initiieren und von den 16 Bezirksregionen eine weitere hinsichtlich der Bewegungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum zu untersuchen.

Einführung des Zertifikates: „Bewegungsfreundliche Senioreneinrichtung“ durch: QVNIA e. V. – Qualitätsverbund Netzwerk im Alter – Pankow e. V.

Im 2. Halbjahr 2016 wurde ein Konzept zur Zertifizierung von bewegungsfreundlichen Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen für ältere Menschen in Pankow erarbeitet. Die Maßnahme hatte das Ziel, eine auf die Gesundheitsziele und Maßnahmen der präventiven Gesundheitsförderung ausgerichtete Qualitätsentwicklung in Gang zu setzen und zugleich ein Verfahren der Qualitätssicherung zur Bewertung und Anerkennung von Bewegungsförderung in vollstationären, ambulanten und teilstationären Einrichtungen einzuführen. Weiterhin wurden die Rahmenbedingungen zur Umsetzung (z. B. Zusammenstellung eines Auditorenteams und Gründung eines Fachgremiums) vorbereitet. In diesem Jahr wird mit der Zertifizierung interessierter Pankower Pflegeeinrichtungen begonnen.

Kontakt
Carola Goen, Katrin Niestaedt
Koordinatorinnen für Gesundheitsförderung
Bezirksamt Pankow
carola.goen@ba-pankow.berlin.de

Psychosoziale Notfallversorgung als kommunale Aufgabe

Hilfsstruktur von Bürgern für Bürger – Beitrag zum psychosozialen Schutzschild in Frankfurt am Main

Angesichts der erschütternden Ereignisse von Würzburg, München, Ansbach und Berlin kommt der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) eine immer wichtigere Rolle im Zusammenhang von sogenannten Großschadenslagen zu.

Unter Psychosozialer Notfallversorgung werden alle psychosozialen Maßnahmen und Angebote für Betroffene und Einsatzkräfte in solchen Fällen zusammengefasst. Seit Anfang der 1990er Jahre gibt es in Deutschland Angebote für die Akutbetreuung nach potenziell traumatisierenden Ereignissen. Diese Angebote werden von den Kirchen oder von Hilfsorganisationen getragen und sind in ehrenamtlichen Systemen organisiert. Dazu gehören z. B. die Notfallseelsorge und Kriseninterventionsteams. Speziell ausgebildete Ehrenamtliche werden dabei von einer örtlichen Leitstelle der Kommune zu einem Ereignis hinzugerufen, um „Erste Hilfe für die Seele“ zu leisten.

Diese Unterstützung im alltäglichen Regelbetrieb wird in Frankfurt am Main von der Notfallseelsorge der Diakonie geleistet. Ergänzt wird dieses Angebot seit 2012 durch eine Koordinierungsstelle Psychosoziale Notfallversorgung, die im Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt in der Abteilung Psychiatrie angesiedelt ist. Hauptaufgabe dieser Stelle ist die Vorbereitung und Organisation der PSNV bei Großschadenslagen. Schon im Vorfeld der Weltmeisterschaft 2006 wurden erste PSNV-Konzepte gemeinsam von Gesundheitsamt, Branddirektion und Notfallseelsorge entwickelt. 2015 wurde das Konzept grundlegend überarbeitet und 2016 sogenannte PSNV-Führungskräfte ausgebildet. Die Gruppe der elf PSNV-Führungskräfte besteht zum einen Teil aus haupt- und ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen der Notfallseelsorge und zum anderen Teil aus hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Psychiatrie des Gesundheitsamtes.

Aufgrund der Vielfältigkeit der Angebote und Aufgaben in der akuten, mittel- und langfristigen Versorgung Betroffener von potenziell traumatisierenden Ereignissen bedarf es einer koordinierenden Struktur. Es ist sinnvoll, diese auf kommunaler Ebene im Öffentlichen Gesundheitsdienst zu verankern, da hier frei von kommerziellen Interessen erste Beratungsangebote gemacht werden können. Zusätzlich kann auf bereits bestehende Schnittstellen und Netzwerke zur medizinischen und therapeutischen Regelversorgung zurückgegriffen werden. Handlungsanlei-

tendes Motiv ist hierbei, bedarfsgerechte Angebote für Bürger und Gäste der Stadt vorzuhalten. Das heißt, PSNV versteht sich in Frankfurt als kommunale Aufgabe und wird als Teil der Daseinsfürsorge angesehen. Auch in einem durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten wurde empfohlen, die Zuständigkeit für PSNV in den Gemeinden anzusiedeln*.

In der Vorbereitung auf Großschadenslagen spielt die interdisziplinäre Vernetzung aller beteiligten Partner eine außerordentlich wichtige Rolle. Nur durch die Einbindung der verschiedenen Akteure und das Zusammenspiel der jeweiligen Kompetenzen kann eine bedarfs- und bedürfnisgerechte Hilfe für den Bürger im Interventionsfall gelingen. Die ehrenamtlichen Akuthelfer, die für die PSNV geschult werden, bilden die für das Konzept und die Praxis im Ernstfall unverzichtbare Hilfsstruktur von Bürgern für Bürger. Gleichzeitig ist zu beachten, dass, je länger eine Intervention nach einem potenziell belastenden Ereignis andauert, die Unterstützungsangebote immer professioneller werden müssen. Handelt es sich bei der Betreuung in der Akutphase am Einsatzort oder an extra dafür geschaffenen sicheren Orten meist noch um eine ehrenamtlich geleistete Unterstützung, so kommen in der mittel- und längerfristigen Betreuung professionelle Beratungsangebote hinzu. Muss eine Person auch über einen Zeitraum von ca. 4 – 6 Wochen hinaus betreut werden, so sollte diese Betreuung im Rahmen einer dafür vorgesehenen ambulanten oder stationären (Trauma-)Therapie stattfinden.

Die in Frankfurt und anderen Städten bereits geschaffenen Strukturen der PSNV bilden eine wichtige Grundlage für ein noch weiter auszubauendes psychosoziales Schutzschild der Kommune. Sie tragen damit zur psychosozialen Gesundheit von Betroffenen und zur „Gesunden Stadt“ bei.

Kontakt

Peter Waterstraat, Dipl. Sozialarbeiter/-pädagoge,
Master in Disaster Management and Risk Governance
Stadt Frankfurt am Main, Gesundheitsamt
Koordination Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV)
peter.waterstraat@stadt-frankfurt.de

* Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe: Psychosoziale Notfallversorgung. Qualitätsstandards und Leitlinien Teil I und II. S. 97. Bonn 2012

© Bild: Gesundheitsamt Frankfurt

© Bilder: Stadt München

Gesundheits-förderung in Freiham

Gut und gesund aufwachsen in einem neu geplanten Stadtteil Münchens

Am westlichen Stadtrand der Landeshauptstadt München entsteht über einen Zeitraum von etwa 30 Jahren auf einer bisher unbebauten Fläche von 350 Hektar der neue Stadtteil Freiham in der Größe einer deutschen Mittelstadt. Durch eine vorausschauende ressortübergreifende Planung der Dienste und Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien sollen frühzeitig die Weichen für gute und gesunde Aufwachsbedingungen gestellt werden.

Das Neubauvorhaben Freiham ist für München aus stadtplanerischer Sicht von herausragender Bedeutung: Freiham soll ein Freiraum werden für Menschen jeder kulturellen und sozialen Herkunft, d.h. für „alle Menschen, jenseits von Alters-, Bildungs- oder vermeintlichen Leistungsgrenzen. Inklusion wird großgeschrieben“, wie es in einer Broschüre des Referats für Stadtplanung und Bauordnung heißt. Nach Fertigstellung werden dort insgesamt mehr als 20.000 Menschen leben, die ersten Bewohnerinnen und Bewohner werden ab 2018 das neue Quartier beziehen. Infolge des überwiegend sozial- und familiengerechten Wohnungsbaus (› 50 % öffentlich gefördert) sind vor allem Familien mit jüngeren Kindern zu erwarten (ca. 4.000 unter 18 Jahren). Aufgrund der sozio-demografischen Entwicklung ist außerdem von einem hohen Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund auszugehen.

Integrierter Handlungsansatz für gesundes Aufwachsen – Präventionskette Freiham

Ein integriertes Vorgehen in der Kommune erfordert neben Maßnahmen der Stadtplanung vor allem abgestimmte Angebote in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Soziales. Ressourcen und Kompetenzen unterschiedlicher kommunaler Akteure und Institutionen werden ressortübergreifend gebündelt. Kooperation und Vernetzung der

Dienste und Angebote werden verbindlich geregelt und aufeinander abgestimmt, bedarfsgerecht weiterentwickelt und die Bewohnerschaft dabei so früh wie möglich aktiv eingebunden. Dadurch soll eine „Präventionskette“ entstehen, die allen Kindern ein gelingendes Aufwachsen ermöglichen und ihnen unabhängig vom sozialen Status ihrer Familie positive Lebens- und Teilhabebedingungen eröffnen soll.

Die Planung und Implementierung aller gesundheitsfördernden Maßnahmen erfolgt also zeitgleich mit dem Wohnungsbau und der Realisierung der inklusiven Infrastruktur. Dadurch kann eine neue Qualität der Angebots- und Versorgungsstruktur entstehen, die von den Familien als wirksame Unterstützung wahrgenommen wird. Mit dem integrierten Planungs- und Arbeitsansatz werden die Lebensbedingungen von Familien bedarfsgerecht gesundheitsförderlich gestaltet und insbesondere für benachteiligte Kinder werden die Chancen auf gesunde Entwicklung, Bildung und Teilhabe erhöht.

Das integrierte Konzept für Freiham ist ein komplexes Planungsvorhaben und bedarf der fachkompetenten Koordination. Diese wird für einen Zeitraum von 5 Jahren von der Techniker Krankenkasse finanziell gefördert. Entsprechend der Vereinbarungen des Bundesverbandes der Techniker Krankenkasse mit dem Gesunde Städte-Netzwerk wird der Fokus für die Planung in Freiham auf die Entwicklungsstufen und biografischen Übergänge bei den Kindern gelegt. Sie orientieren sich an den Lebenswelten der Familien (Kita, Schule, Stadtteil etc.), fördern die aktive Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Eltern, binden Menschen ein, die sich selber nicht vertreten können und beziehen Familien mit chronisch kranken Kindern bzw. pflegebedürftigen Menschen ein.

Projektstruktur und -phasen

Drei Münchner Referate (der Begriff „Referat“ in München entspricht in anderen Kommunen „Dezernat“), nämlich das Referate für Bildung und Sport, das Referat für Gesundheit und Umwelt und das Sozialreferat verpflichten sich in einer Kooperationsvereinbarung auf die gemeinsame Zielsetzung und Vorgehensweise. Planung und Umsetzung erfolgen schrittweise:

- Strukturbildung für die referatsübergreifende Kooperation sowie Planung und Entwicklung der Angebotsstruktur und der Kooperationsmodalitäten vor Ort (2016/2017)
- Start der ersten Durchführungsphase, möglichst mit einem Vorläuferprojekt des Kinder-, Familien- und Beratungszentrums, Sammlung und Auswertung erster Erfahrungen (ab 2018)
- Kontinuierliche konzeptionelle Weiterentwicklung und Anpassung orientiert an den Bedarfen und weiterhin unter Beteiligung der Bewohnerschaft (Folgejahre bis 2021)
- Wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung des Vorhabens (komplette Laufzeit)

Kontakt

Referat für Bildung und Sport:
claudia.janke@muenchen.de

Referat für Gesundheit und Umwelt:
rita.fehrmann-brunskill@muenchen.de

Sozialreferat-Stadtjugendamt:
volker.hausdorf@muenchen.de

Gesunde Städte-Netzwerk im Ennepe-Ruhr-Kreis

Der Ennepe-Ruhr-Kreis liegt zwischen den Großstädten Hagen, Dortmund und Bochum am Rande des Bergischen Landes. In den 9 zugehörigen Städten leben ca. 325.000 Menschen, wobei die Städte sich in Topographie und Bevölkerungsstruktur erheblich unterscheiden. So leben in der größten Stadt Witten ca. 95.000 Bürgerinnen und Bürger in einem eher industriell geprägten Umfeld, während knapp 9.000 Menschen in Breckerfeld ein eher ländliches Wohnumfeld haben.

Die Selbsthilfeunterstützung im Ennepe-Ruhr-Kreis wurde vor über einem Vierteljahrhundert durch den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV) in Witten etabliert. Es entstand die erste Selbsthilfe-Kontaktstelle im Ennepe-Ruhr-Kreis. Im Laufe der Jahre nahmen in enger Kooperation zwei weitere Selbsthilfe-Kontaktstellen im Kreisgebiet ihre Arbeit auf. Diese befinden sich in der Trägerschaft des Diakonischen Werkes Ennepe-Ruhr/Hagen (DW) und der Kreisverwaltung Ennepe-Ruhr (ERK).

Seit dem Jahr 2009 ist der Ennepe-Ruhr-Kreis Mitglied im Gesunde Städte-Netzwerk und setzt den inhaltlichen Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit von Selbsthilfe und psychiatrischer Versorgung.

Die Kooperation der Selbsthilfekontaktstellen miteinander führte zu gemeinsamer Antragstellung im Hinblick auf die Förderung durch die Krankenkassen gem. § 20h SGB V und ist auch schriftlich als Kooperationsvereinbarung dokumentiert.

Die ausgesprochen gute Kooperation zwischen den Kontaktstellen wird auch u. a. durch eine gemeinsame Zeitschrift, den Selbsthilfespiegel, nach außen sichtbar. Regelmäßiger Austausch findet nicht nur zwischen den Fachkräften statt, sondern auch die Trägervertreter treffen sich gemeinsam mit den Fachkräften, um gemeinsame oder regionale Ziele und Planungen zu vereinbaren.

Von den Kontaktstellen wurden im Jahr 2015 insgesamt ca. 250 Selbsthilfegruppen aus ganz unterschiedlichen Krankheits- und Lebensbereichen betreut. Die Zahl der psychiatrischen und/oder sozialen Themen hat aber in den letzten Jahren deutlich zugenommen und bildet heute sogar den Großteil aller Gruppenthemen ab. Gemeinsam von allen drei Selbsthilfekontaktstellen wurde im Jahr 2014 beschlossen, sich um ein Projekt der Gesetzlichen Krankenversicherung zu bewerben, welches die psychiatrischen Themen in der Selbsthilfe in den Fokus nehmen sollte. Konkret wurde es so ausgestaltet, dass die Gruppen (in damals noch sehr überschaubarer Anzahl) zu psychiatrischen Themen befragt wurden, wo Defizite bestehen oder welche Wünsche an die Selbsthilfe gerichtet sind. Schnell war deutlich, dass die Versorgungsdefizite der fachärztlichen und therapeutischen Versorgung nicht auf kommunaler Ebene bearbeitet werden können, jedoch eine bessere Vernetzung für alle Beteiligten Synergieeffekte haben würde. Leider haben Projekte immer nur einen begrenzten Zeitraum und so konnten nicht alle guten Ideen weiter verfolgt werden.

Noch während des Projektes wurden in allen drei Versorgungsregionen des Ennepe-Ruhr-Kreises „Runde Tische zum Thema Psychische Gesundheit“ unter der Federführung der Selbsthilfekontaktstellen eingerichtet. Dies wurde nach der Projektlaufzeit aufrechterhalten, da die Beteiligung deutlich gemacht hat, dass hier ein großer Bedarf an Austausch besteht. So sind im runden Tisch des südlichen Ennepe-Ruhr-Kreises (Träger Kreisverwaltung) sowohl Ärzte der Kliniken und der ambulanten Versorgung vertreten, als auch Betroffene, Angehörige, Fachkräfte aus unterschiedlichen Einrichtungen der Eingliederungshilfe, der Sozialpsychiatrische Dienst und natürlich die

© Bild: Subbotina Anna / fotolia.com

Fachkraft der Selbsthilfekontaktstelle. Der südliche Ennepe-Ruhr-Kreis umfasst die Städte Schwelm, Ennepetal, Gevelsberg und Breckerfeld mit insgesamt 97.592 Einwohnern.

Mit der Erhöhung der Selbsthilfeförderung durch die Gesetzlichen Krankenkassen nach § 20h SGB V war es möglich, die Fachkraftstunden im südlichen Ennepe-Ruhr-Kreis für die Themen der seelischen Gesundheit in der Selbsthilfe zu erhöhen. Dies war eine sehr positive Entwicklung für die Zusammenarbeit aller Betroffenen und Beteiligten; hinzu kam noch eine räumliche Verbesserung der Selbsthilfekontaktstelle, sodass mehr Platz und Raum für Gruppen und Veranstaltungen zur Verfügung steht. Diese werden vom Ennepe-Ruhr-Kreis finanziert. Mit der Verbesserung der Räumlichkeiten ist es nun auch möglich, dass die MitarbeiterInnen des Sozialpsychiatrischen Dienstes in den Räumen der Selbsthilfekontaktstelle regelmäßig Außensprechstunden anbieten, um ein dezentrales, niedrigschwelliges Angebot vorzuhalten, was auch zu weiterer Vernetzung führt (z. B. gemeinsame Gruppengründungen, themenspezifische Veranstaltungen etc.)

Ganz konkret ist nun im südlichen Ennepe-Ruhr-Kreis über die Selbsthilfekontaktstelle in enger Kooperation mit dem Sozialpsychiatrischen Dienst der runde Tisch „Psychische Gesundheit“ fest installiert worden, um die Vernetzung zu intensivieren. Ergänzend dazu konnte ein Psychoseseminar aufgebaut werden, mit Begleitung einer niedergelassenen Fachärztin. Dieses findet alle 4 Wochen statt und wird teilweise von über 30 Personen besucht, die sowohl selbst akut betroffen, als auch erfahren in der Psychiatrie sind. Weitere Besucher sind Angehörige und Fachkräfte aus dem psychiatrischen Versorgungssystem.

Aus der Zusammenarbeit am runden Tisch konnten auch für den Gemeindepsychiatrischen Verbund, der sich im Januar 2016 gegründet hat, sowohl eine Betroffene, als auch ein Angehöriger für den Sprecherrat gewonnen werden. Alle drei Selbsthilfekontaktstellen sind formale Mitglieder im Gemeindepsychiatrischen Verbund, sodass die Selbsthilfe in den Hilfeplankonferenzen immer eine Stimme hat. Regelmäßig wird in der Kommunalen Gesundheitskonferenz und dem Fachausschuss für Soziales, Gesundheit und Inklusion über die Aktivtäten im Gemeindepsychiatrischen Verbund unter den Mitteilungen zum Gesunden Ennepe-Ruhr-Kreis berichtet.

Aktuell wurde ein Wegweiser „Psychische Gesundheit“ für den südlichen Ennepe-Ruhr-Kreis erstellt, in welchem nahezu alle Angebote im ambulanten und stationären Versorgungssystem gelistet sind. Dies war ein ausdrücklicher Wunsch des runden Tisches, um bei Bedarf einen Überblick über die Versorgungslandschaft zu haben. ■

Kontakt

Katrin Johanna Kügler
Ennepe-Ruhr-Kreis
Fachbereich Soziales & Gesundheit
Katrin.Kuegler@en-kreis.de

grünau bewegt sich
NETZWERK GESUNDHEIT

Kindergesundheitsförderung im Stadtteil Leipzig-Grünau

Zentraler und konsequenter Ansatz einer kommunalen Gesundheitsförderung ist die Verortung verhaltens- und verhältnispräventiver Maßnahmen im „Setting“: dem Lebensumfeld, dem Stadtteil. Auch in Leipzig ist man von diesem ganzheitlichen Verständnis überzeugt. In einer einzigartigen Partnerkonstellation wurde hier ein Pilotprojekt zur stadtteilbezogenen Kindergesundheitsförderung und Adipositasprävention im Stadtteil Leipzig-Grünau auf den Weg gebracht. Haupsächlich von der AOK PLUS, anteilig von IKK classic und Knappschaft über § 20 SGB V finanziert und mit fachlicher Expertise begleitet, wird das Projekt „Grünau bewegt sich“ unter Leitung der Universitätskinderklinik Leipzig und der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK) Leipzig in Trägerschaft des Gesundheitsamtes der Stadt Leipzig und mit Unterstützung des Gesunde Städte-Netzwerks durchgeführt.

Einst eine der größten Plattenbausiedlungen der DDR zählt Leipzig-Grünau seit 2005 zu den Fördergebieten der „Sozialen Stadt“. Insbesondere der sozio-demografische Wandel hat tiefgreifende Auswirkungen auf den Stadtteil. Daten der Schuleingangsuntersuchungen zeigen zudem Defizite bei der Kindergesundheit: Im Vergleich zu anderen Stadtvierteln weisen Grünauer Kinder eine erhöhte Prävalenz von Übergewichtigkeit, Adipositas und motorischen Auffälligkeiten auf.

Das auf eine Laufzeit von 5 Jahren (2015-2019) angelegte Projekt verfolgt daher im Wesentlichen zwei Ziele: 1) Die Rahmenbedingungen und Determinanten für gesundes Aufwachsen von Kindern in Grünau zu erforschen und 2) daraus entwickelte Interventionen für die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten umzusetzen. Um die Wirksamkeit kommunal basierter Gesundheitsförderung zu überprüfen, muss das Projekt dabei den Spagat zwischen praxisorientierter Gesundheitsförderung und fundierter wissenschaftlicher Methodik meistern – als Voraussetzung dafür, schließlich auf andere Kommunen übertragen werden zu können.

Zu den Handlungsfeldern der Projektinterventionen zählen u.a. die Stärkung gesundheitsfördernder Kompetenzen in Kindertagesstätten und Horten, ein verbesserter Zugang zu gesunden Lebensmitteln und die Schaffung niedrigschwelliger Bewegungsangebote im öffentlichen Raum. Alle Maßnahmen haben grundsätzlich die Modifikation von Verhältnissen oder Strukturen im Fokus. So konnte beispielsweise mit Unterstützung des Deutschen Kinderhilfswerks das Beteiligungsprojekt „Bewegt zur Schule und zurück“ durchgeführt werden, das Grundschüler dazu befähigt, Bewegungsanlässe im Stadtraum selbst zu entdecken und Ideen für ihre Gestaltung zu entwickeln. Die Umsetzung einer dauerhaften Farbmarkierung auf Rasenkanten, Gehwegplatten und Findlingen wird derzeit von der Stadtverwaltung geprüft. Um zu überprüfen, ob diese tatsächlich zu mehr und intensiverer Bewegung führen, wird die Häufigkeit und Art der Schulwegnutzung sowohl in Grünau als auch in anderen Stadtregionen untersucht.

Weil es darum geht, gesundheitsförderliche Strukturen nicht nur zu schaffen, sondern nachhaltig im Stadtteil zu verankern, hat „Grünau bewegt sich“ ein Netzwerk aufgebaut, in dem sich Fachkräfte aus den Grünauer Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, den medizinischen Versorgungsdiensten, dem Quartiersmanagement sowie der Stadtverwaltung für die gesunde Entwicklung von Kindern in Grünau engagieren. Seit Sommer 2015 arbeitet das Netzwerk aktiv daran, einen kontinuierlichen Prozess zur Gestaltung gesundheitlicher Rahmenbedingungen im Stadtteil voranzutreiben, Bedarfe, Risiken und Ressour-

Zweimal im Jahr lädt „Grünau bewegt sich“ Kindergartengruppen zum Aktionstag „Gesunde Ernährung für Vorschulkinder“ in den Projektladen „Bewegungsmelder“ ein.

Kinder der Grünauer Ringelnatz-Grundschule entdecken, gestalten und bespielen Bewegungsanlässe auf ihren Schulwegen – hier wird die Fußgängerbrücke zum bewegten Ort.
© Bilder: Maria Garz, Grünau bewegt sich

cen im Stadtteil zu erkennen und gemeinsam Lösungen zu finden. Gesundheitsbezogene Gemeinschaftsaktionen wie die Eröffnung des Projektladens „Bewegungsmelder“, Fußballturniere für Kitas und Horte, Kindergarten-/Grundschulplakate oder der für Oktober geplante Familiengesundheitstag sind dabei wichtige Bereiche der Netzwerkarbeit. Um die Effekte eines solch breiten Engagements kommunaler Gesundheitsförderung auf die Auffälligkeitsraten für Übergewichtigkeit in Grünau messen zu können, werden bis zum Projektende Daten aus den Schulaufnahmeuntersuchungen des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes der Stadt Leipzig und einer Eltern-Befragung zu Themen der Kindergesundheit, Sozialsituation und Wohnumgebung ausgewertet.

Nach fast zwei Jahren ist das Projekt im Stadtteil angekommen und entfaltet im Sinne von „Health in All Policies“ seine Wirkung, so zum Beispiel im „Integrierten Stadtteilentwicklungskonzept“ für Grünau, in dem die Gestaltung eines gesundheitsförderlichen Lebensumfeldes kürzlich als ein wesentliches Ziel festgeschrieben wurde. ■

Maria Garz, Grünau bewegt sich

Kontakt

Ruth Gausche
Projektkoordination „Grünau bewegt sich“
ruth.gausche@medizin.uni-leipzig.de
www.gruenau-bewegt-sich.de

Sicher fühlen!

Selbstuntersuchung zur Brustkrebsprävention

© Bild: BERLINSTOCK / fotolia.com

Die Kampagne „Sicher fühlen!“ vermittelt Frauen, dass das Selbstuntersuchen der Brust eine wichtige Vorsorgemaßnahme gegen Brustkrebs ist und die fachärztlichen Screening-Untersuchungen ergänzt. In einem Aktivseminar im CURA Krankenhaus Bad Honnef lernten die Teilnehmerinnen unter fachlicher Anleitung von Anette Theisen, Ärztin des CURA Krankenhauses, an Übungsmodellen aus Silikon die richtige Untersuchungstechnik. Dankenswerterweise hatte die Krebsgesellschaft Nordrhein-Westfalen e.V. mehrere unterschiedliche Brusttastmodelle zur Verfügung gestellt.

Fazit der Teilnehmerinnen war, dass sie jetzt keine Vorbehalte gegen die Selbstuntersuchung mehr haben. Sie werden sie regelmäßig anwenden, um effektiv vorzubeugen. Das Seminar wurde in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Siebengebirge und der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Bad Honnef, Iris Schwarz, durchgeführt.

© Bild: Stadt Bad Honnef

Die Kampagne „Sicher fühlen!“ ist ein wichtiger Bestandteil der Aktion gegen Brustkrebs in Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Krebsgesellschaft Nordrhein-Westfalen e.V. ist in den westlichen Industrieländern Brustkrebs die häufigste Krebserkrankung bei Frauen. Deutschlandweit erkranken jährlich rund 75.000 Frauen neu an Brustkrebs – in Nordrhein-Westfalen sind es pro Jahr mehr als 17.000 Frauen.

Im Jahre 1985 wurde der Oktober von der American Cancer Society zum internationalen Brustkrebsmonat ernannt. Dadurch soll das Thema Brustkrebs stärker in das öffentliche Bewusstsein treten. Unterschiedlichste Veranstaltungen bieten Informationen über Vorbeugung, Erforschung und Behandlung der Krankheit. ■

Kontakt
Iris Schwarz
Stadt Bad Honnef
iris.schwarz@bad-honnef.de

Gesunde Stadt Nürnberg

Kassenfinanziertes kommunales Modell der stadtteilbezogenen Gesundheitsförderung

Das Referat für Gesundheit und Umwelt der Stadt Nürnberg und die AOK Bayern haben eine Kooperation zur stadtteilbezogenen Gesundheitsförderung in vier Nürnberger Stadtgebieten geschlossen. Insgesamt vier Jahre lang setzt sich das Gesundheitsamt der Stadt Nürnberg federführend in Gostenhof (unter Einschluss von Muggenhof/Eberhardshof), St. Leonhard/Schweinau, Langwasser sowie Röthenbach Ost und West für die Gesundheitsförderung der Bewohner ein.

Start des Projektes mit einem finanziellen Gesamtvolumen von fast zwei Millionen Euro war Anfang Mai 2017. Die AOK Bayern unterstützt das Vorhaben mit 1,7 Millionen Euro, davon werden allein im Jahr 2017 435.000 Euro ausgeschüttet. ■

Dr. Fred-Jürgen Beier (Leiter des Gesundheitsamts der Stadt Nürnberg), Dr. Ulrich Maly (Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg), Dr. Peter Pluschke (Referent für Umwelt und Gesundheit der Stadt Nürnberg), Walter Vetter (Direktor der AOK in Mittelfranken), und Hubertus Räde (stellv. Vorstandsvorsitzender der AOK Bayern) (v.l.n.r.), © Bild: Stadt Nürnberg

Die Neuköllner Präventionskette

Bezirksamt Neukölln | be Berlin

Bundesinitiative Frühe Hilfen

Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland

Im Grunde wissen wir es: Die ersten Lebensjahre eines Kindes sind prägend für dessen gesamtes Leben. Wer im Säuglingsalter Zuwendung und Sicherheit erfährt, kann sich später sehr viel besser den Herausforderungen des Lebens stellen, leichter Krisen bewältigen und auch selbst Vertrauen zu anderen Menschen entwickeln.

Die Einschulungsuntersuchungen der vergangenen Jahre zeigten uns, dass die Neuköllner Kinder in vielen Fällen in schlechtem gesundheitlichen Zustand in die Schule gehen. So zeigt die Hälfte der Kinder in Neukölln Sprachprobleme, nahezu jedes dritte Kind Auffälligkeiten in der „Auge-Hand-Koordination“, jedes sechste der untersuchten Kinder Übergewicht und jedes vierte bis fünfte Kind behandlungsbedürftige Zähne. Dies macht deutlich, wie wichtig eine rechtzeitige, frühe familiäre Präventionsarbeit – am besten schon während der Schwangerschaft – ist.

In Neukölln wollen wir deshalb junge Familien so früh wie möglich unterstützen. Langfristig soll das auch die Folgekosten reduzieren. Denn wir geben mit über 50 Millionen Euro viel Geld aus, um Fehlentwicklungen in der Familie im Nachhinein zu reparieren. Je früher wir ansetzen, desto besser geht es den Kindern und Familien und desto weniger Geld müssen wir später ausgeben.

Eine Koordinierungsstelle ist für die Umsetzung und Weiterentwicklung der Präventionsstrategie zuständig. In ihr arbeiten Vertreter der Stabsstelle Gesundheitsplanung, des Jugendamtes und des Gesundheitsamtes zusammen. Zusätzlich gibt es in der Abteilung Jugend und Gesundheit zwei Präventionsbeauftragte. Sie setzen die gemeinsam erarbeiteten Ziele in der Praxis um und sind Ansprechpartner für alle Akteurinnen und Akteure im kommunalen Netzwerk.

Zum Netzwerk gehören alle, die sich im Jugendhilfe- oder Gesundheitswesen für ein gutes Aufwachsen Neuköllner Familien engagieren. Das reicht von den beteiligten Ämtern über Freie Träger und Vereine bis zu niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten und dem Klinikum. Über Stadtteilmütter, Kitas und die Quartiersmanagements gelingt der individuelle Zugang zu den Familien. Auf den jährlich stattfindenden Neuköllner Präventionskonferenzen können alle Netzwerkpartnerinnen und Netzwerkpartner neue Impulse setzen und sich austauschen.

Weitere Partnerinnen und Partner werden anlassbezogen dazugeholt. So ist beispielsweise die Beteiligung von Schulen wichtig, wenn der Übergang von der Kita in die Schule verbessert werden soll. Bei der Abstimmung von Unterstützung für Alleinerziehende oder für einen besseren Zugang zum Bildungs- und Teilhabepaket kann hingegen das Jobcenter einen wichtigen Beitrag leisten.

Als ein zentraler Baustein der Neuköllner Präventionskette stärkt, neben vielen anderen wichtigen Maßnahmen, das Projekt Babylotse am Vivantes Klinikum Neukölln die „Frühen Hilfen“ für Familien. Das Projekt Babylotse hat zum Ziel, den in der Neuköllner Geburtsklinik geborenen Kindern die Chance auf eine gesunde Zukunft zu ermöglichen. Wir möchten psychosozial belastete Familien stabilisieren, sie dazu befähigen, ihr Leben selbstständig und in Eigenverantwortung zu gestalten und sie frühzeitig an Unterstützungs- und Hilfsangebote der „Frühen Hilfen“ vermitteln. Mit der Anbindung direkt an die Klinik schließen wir die Lücke zwischen dem Gesundheitssystem und der Jugendhilfe.

Um psychosozial belastete Familien zu ermitteln, arbeitet das Projekt mit dem Anhaltsbogen. Dieser ermöglicht

© Bild: Bezirksamt Neukölln von Berlin

es uns, einen flächendeckenden und nicht stigmatisierenden Zugang zu den Familien zu erhalten. Mit Hilfe des Anhaltsbogens werden die einzelnen Belastungsfaktoren ermittelt, um im weiteren Schritt im Rahmen eines Erstgespräches gemeinsam mit den Familien ihre Situation zu besprechen, Risiko- und Schutzfaktoren herauszuarbeiten und passgenaue Hilfs- und Unterstützungsangebote für die Familien zu finden. Dadurch bauen wir eine Struktur auf, die einen frühestmöglichen Zugang zu allen Familien ermöglicht, ohne zu stigmatisieren.

Ein weiteres zentrales Angebot ist die App „Gesundes Neukölln“. Diese bundesweit einzigartige Anwendung für mobile Endgeräte bietet Familien eine Übersicht über alle Angebote aus den Bereichen Gesundheit, Bildung, Jugend, Sport und Freizeit in Neukölln. So erhält jede Familie einen einfachen Zugang zu Babyschwimmen, Sportverein und Beratungsangebot. Die App „Gesundes Neukölln“ wird aber auch von Fachkräften genutzt. Denn auch sie kennen in einem Bezirk mit über 325.000 Einwohnerinnen und Einwohnern nicht jedes Angebot. Fachkräfte aus dem Jugend- und Gesundheitsamt, dem Jobcenter oder den Freien Trägern haben nun erstmalig einen Überblick über alle Angebote in Neukölln. Bisher gibt es 993 Einträge in der Datenbank. Und es werden immer mehr!

Kontakt

Hannes Rehfeldt
Präventionsbeauftragter, Bezirksamt Neukölln von Berlin
hannes.rehfeldt@bezirksamt-neukoelln.de
www.gesundes-neukoelln.de

Hansestadt Lübeck setzt einen Schwerpunkt auf Prävention im Alter

Die Hansestadt Lübeck setzt seit Jahren ein ganzheitliches Konzept Leben und Wohnen im Alter um, das unter der Mitwirkung von Vereinen, Verbänden, der Wohnungswirtschaft und politischer Fraktionen erarbeitet wurde. Das wesentliche Ziel des Konzeptes besteht darin, Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Menschen im fortgeschrittenen Lebensalter Möglichkeiten und Optionen aufzeigen, möglichst lange selbstbestimmt und mitverantwortlich ihr Leben im bekannten Wohnquartier zu gestalten.

Im Laufe des Prozesses wurde zunehmend deutlich, dass ein erheblicher Aufklärungs- und Informationsbedarf zu vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangeboten besteht. Im besonderen Fokus stehen dabei ältere und älter werdende Menschen, bei denen die Gefahr der sozialen Isolierung und der Vereinsamung droht. Einher geht damit die Besorgnis, ob diese Menschen den rechtzeitigen Zugang zu Hilfs- und Unterstützungsangeboten sowohl in gesundheitlichen als auch in sozialen Angelegenheiten haben.

Das Gesundheitsamt Lübeck und der Bereich Soziale Sicherung haben in Kooperation den Schwerpunkt auf die Entwicklung einer Gesamtstrategie „Prävention im Alter“ gelegt und auf der Grundlage eines Berichtes den politischen Auftrag zur Umsetzung erhalten. In diese Gesamtstrategie ist auch der Baustein „Präventive Hausbesuche“ eingebunden.

Dabei sollen Stärken, Erfahrungen und Vertrauensvorschuss unterschiedlicher Träger vor Ort in den Stadtteilen und Quartieren genutzt werden. Darüber hinaus sollen ebenso Erfahrungen und Erkenntnisse über Inhalte und Möglichkeiten präventiver Hausbesuche gewonnen werden, wie auch Zugänge zu schwer erreichbaren Personengruppen erprobt werden.

Beispielhaft werden vier unterschiedlich angelegte Projekte und Maßnahmen mit präventivem Ansatz skizziert, die in Kooperation mit der Hansestadt Lübeck umgesetzt werden.

© Bild: Hansestadt Lübeck

Quartiersentwicklung Brolingplatz

Eine Bürgerinitiative hat sich dafür eingesetzt, auf einem Marktplatz ein Quartiershaus als Informations- und Stadtteiltreffpunkt im Stadtteil St. Lorenz Nord zu bauen. Parallel hierzu hat die Arbeiterwohlfahrt – Kreisverband Lübeck e. V. im Rahmen eines Pilotmodelles ein Quartiersmanagement etabliert. Es werden Projektziele, wie z. B. möglichst langes Wohnen im vertrauten Quartier, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Aufbau nachbarschaftlicher Hilfen, Aufbau eines Info-Punktes im Quartier sowie das Angebot von offenen Treffpunkten verfolgt. Nach Fertigstellung sollen Angebote aus dem Quartiershaus heraus erfolgen.

Aufbau von präventiven Hausbesuchen

Der Caritasverband Lübeck e. V. ist im Stadtteil Moisling mit einer Seniorenberatung etabliert. In Verbindung mit dem laufenden Projekt „Soziale Stadt Moisling“ werden präventive Hausbesuche bei älteren und alleinstehenden Menschen aus der Seniorenberatung heraus vorbereitet. Die präventiven Hausbesuche sind durch eine fachlich versierte Mitarbeiterin des Caritasverbandes Lübeck e. V. geplant und sollen auf Wunsch oder nach Bedarf eine Lotsenfunktion zu Fachdiensten oder Anbietern sozialer Leistungen erfüllen. Die Erkenntnisse aus den Gesprächen vor Ort sollen darüber hinaus für die Entwicklung eines ziel- und bedarfsorientierten Schulungskonzeptes genutzt werden.

Großeltern im Quartier

Die Gemeindediakonie Lübeck e. V. hat ausgehend vom Stadtteilhaus in St. Lorenz-Süd ein Projekt initiiert, in das insbesondere ältere Migrantinnen und Migranten eingebunden werden sollen.

Unter Berücksichtigung der kulturellen Vielfalt in diesem Stadtteil sollen Wege erprobt und aufgezeigt werden, wie Zugänge zu älteren Menschen aus anderen Kulturkreisen gefunden werden können.

Insbesondere werden hier mehrsprachige Informationsveranstaltungen angeboten, sowie Teilhabemöglichkeiten und Treffpunkte entwickelt.

Wohnberatung „Wohnen im Alter“

Die Grundstücksgesellschaft TRAVE mbH, der LÜBECKER BAUVEREIN e. V. und die NEUE LÜBECKER eG bieten in Kooperation mit der Hansestadt Lübeck, dem Haus- und Grundbesitzerverein Lübeck e. V. und dem Mieterverein Lübeck e. V. im Rahmen einer gemeinsamen Infrastruktur in einer Räumlichkeit in St. Lorenz Süd kostenfrei Beratungen zu Wohnraumanpassungsmaßnahmen an. Darüber hinaus wird eine Ausstellung über Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten im Alltag ebenso wie Schulungs- und Informationsveranstaltungen für interessierte Gruppen (z. B. Senioren, Pflegedienste, Altenpflegeschulen) angeboten. ■

Sabine Trilke, Hansestadt Lübeck, Bereich Soziale Sicherung

Kontakt

Matthias Wulf
Bereich Soziale Sicherung, Lübeck
matthias.wulf@luebeck.de

Sabine Trilke
Leben und Wohnen im Alter, Lübeck
sabine.trilke@luebeck.de

Steckbrief zu Gera

- eine grüne Stadt in Ostthüringen mit ca. 96.000 Einwohnern
- attraktives Stadtzentrum mit Einkaufsmöglichkeiten, Hofwiesenpark (BUGA 2007), Theater und Museen
- Gera ist seit 1994 Mitglied im bundesweiten „Gesunde Städte-Netzwerk“
- hat das Zertifikat „Familiengerechte Kommune“ bis Juni 2018
- Integriertes Stadtentwicklungskonzept ISEK GERA2030
- ca. 9,8 % der Erwerbspersonen sind arbeitslos
- jeder Zweite ist älter als 50 Jahre, Altersdurchschnitt 47,34 Jahre
- in ca. 21 % der Haushalte leben Kinder unter 18 Jahren
- Homepage www.gera.de

Netzwerk „Gesunde Kommune“ Gera

Für seine Gesundheit kann jeder Einzelne etwas tun, aber für die kommunale Gesundheitsförderung ist ein komplexes Handeln vieler Akteure verschiedener Professionen notwendig.

Das Netzwerk „Gesunde Kommune“ (www.gera.de/gesundheit) wurde von der Stadtverwaltung Gera im November 2014 mit dem Ziel gegründet, diejenigen in Gera zusammenzuführen, denen die gesunde Entwicklung der Bürger und der Familien am Herzen liegt, um den Austausch untereinander zu verbessern und mit bedarfsgerechten Angeboten vor allem auch benachteiligte Bevölkerungsgruppen besser zu erreichen.

Dieses Netzwerk führt Akteure auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung, Gesundheits-Dienstleister und -Initiativen, Vereine, Behörden, Krankenkassen u.a. zusammen, um deren Austausch untereinander zu verbessern, gemeinsame Ziele zu entwickeln und benachteiligte Bevölkerungsgruppen noch besser mit Informationen und Angeboten zu erreichen.

Netzwerktreffen, © Bild: Stadtverwaltung Gera/Catrin Heinrich

Im Prozess um die Diskussion und Erstellung des Stadtentwicklungskonzepts GERA2030 wurde festgestellt, wie wichtig die offene und zielgenaue Kommunikation untereinander ist. Netzwerke bilden dafür eine gute Plattform, bieten den Austausch über Bewährtes und sind Quelle für neue Ideen. Seit Gründung des Netzwerkes haben die ca. 25 aktiven Netzwerk-Mitglieder gemeinsame Ziele und Strukturen erarbeitet und sich mit inhaltlichen Schwerpunkten, wie z. B. Beteiligungsverfahren, Möglichkeiten der Information über vorhandene gesundheitsfördernde Angebote oder Konzipierung eines ergänzenden Angebots zur Elternbildung für sozial benachteiligte Familien beschäftigt.

Ein wichtiges Standbein der Netzwerkarbeit ist die erfolgreiche Kooperation mit der Thüringer Landesvereinigung für Gesundheitsförderung (Agethur). Des Weiteren wurden 2016 mit fachlicher Beratung und Unterstützung durch Frau Dr. Birgit Böhm vom Nexus Institut für Kooperationsmanagement und Interdisziplinäre Forschung GmbH aus Berlin für Mitglieder des Netzwerkes „Gesunde Kommune“ und andere Interessierte zwei Workshops zu Bürgerbeteiligungsverfahren und vier Beratungsgespräche in kleineren Gruppen in Gera durchgeführt. Die Veranstaltungen waren aufgrund der Förderung durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung für die Teilnehmer/innen kostenfrei.

Ausgestattet mit dem notwendigen Handwerkszeug wollen die Akteure zukünftig die ressourcenschonenden Methoden der Bürgerbeteiligung, z. B. die Bürgerausstellung, das Fokusgruppengespräch oder das World Café in ihre Arbeit einfließen lassen und nutzen, um die Zielgruppen für ihre Angebote zu beteiligen und zu erreichen.

Ganz konkret wird ab 2017 im Ergebnis der Netzwerkarbeit mit finanzieller Unterstützung der AOK Plus in einzelnen Quartieren der Stadt durch familienunterstützende Einrichtungen eine neue Veranstaltungsreihe „ElternPlus – für löwenstarke Familien“ beginnen. Zielgruppe dieser Veranstaltungsreihe sind sozialbenachteiligte junge Familien. Diese Zielgruppe wurden bereits im Vorfeld der Veranstaltungsreihe bei der Konzeptentwicklung und Themenfindung beteiligt. Bisher gut genutzte Angebote im Quartier, wie z. B. Familienfrühstück oder Eltern-Café, werden erweitert, um Eltern und Großeltern faktisch nebenbei gesundheitsfördernde Informationen in lockerer Atmosphäre zu geben und gesundheitsfördernde Kompetenzen zu entwickeln.

In diesem Jahr wird sich die Arbeit der Netzwerkpartner vorrangig auf das Handlungsfeld „Gesund alt werden“ konzentrieren. Nach der lebensphasenbezogenen Analyse der vorhandenen Angebote anhand des Modells der Präventionskette zeigen sich in dieser Lebensphase durchaus Lücken, die näher zu definieren und mit passenden Angeboten zu schließen sind.

Ein weiterer Schwerpunkt des Austausches ist die Frage, wie man die Transparenz der vorhandenen Angebote sichern kann.

„Es gibt viele Angebote, aber wer eine Leistung sucht, findet die Angebote nur mit viel Rechercheaufwand.“

Dieser Satz enthält die häufig wiederholte Kernbotschaft der Mitglieder im Geraer Netzwerk „Gesunde Kommune“.

„Unsere Treffen zeichnen sich durch sehr offene, anregende, kreative und zielorientierte Diskussionen aus. Wir haben eine Gruppe von Partnern, denen sehr daran liegt, das Thema gesunde Kommune voranzutreiben – und das merke ich jedem unserer Treffen an“, so Monika Jorzik, Fachdienstleiterin Gesundheit der Stadt Gera.

Kontakt
Monika Jorzik
Fachdienstleiterin Gesundheit, Stadtverwaltung Gera
jorzik.monika@gera.de

Gesundes Altwerden: Mehr als nur ein bisschen Sport

Mitmachtag der Region Hannover im Gesunde Städte-Netzwerk

Ein Miniatursofa, eine kleine barrierefreie Dusche, die Treppe mit Mini-Aufzug: Beim Playmobil-Haus bleiben fast alle Besucher einmal kurz stehen. Gehen in die Knie, blicken verwundert in die verschiedenen Wohnräume. Denn irgendwie sieht das Interieur anders aus, ungewohnt. Das Playmobil-Haus zeigt, wie die Einrichtung von Seniorinnen und Senioren aussehen könnte, damit sie möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden leben können. Ein Herd, der merkt, wenn man ihn nicht ausgeschaltet hat oder ein Telefon mit besonders großen Tasten. Gesund alt werden – das ist das Thema des Mitmachtages der Region Hannover, der im März in Hannover stattfand.

„Wie können Menschen fit und gesund bleiben, selbstständig und unabhängig bis ins hohe Alter leben – am besten in ihrem eigenen Zuhause? Das sind die Fragen, auf die wir hier heute viele Antworten haben“, sagt Gabriele Groß. Sie ist Koordinatorin für die Region Hannover im Gesunde Städte-Netzwerk und hat gemeinsam mit Mitgliedern des Gesundheitsplenums für die Region Hanno-

ver und den Seniorenbeiräten die Veranstaltung organisiert. Von Ernährung und Sport über Wohnberatung bis hin zum Umgang mit Krankheit: Rund 30 Partner und Aussteller sind mit dabei, haben Beintrainer, Fitness-Tests und Boccia-Bälle mitgebracht, um sich und ihre Arbeit vorzustellen. „Es gibt sehr viele Angebote in der Region Hannover für Seniorinnen und Senioren, von denen die Zielgruppe oft gar nichts weiß. Dieser Tag heute soll dazu dienen, die Bürgerinnen und Bürger mit den jeweiligen Angeboten zusammenzubringen“, sagt Gabriele Groß.

Ein gutes Beispiel dafür ist der Großelterndienst des Diakonischen Werks: Während sich auf der einen Seite Familien Unterstützung von der Großeltern-Generation wünschen, für Spaziergänge oder Spielnachmittage beispielsweise, gibt es auf der anderen Seite viele Senioren, die gern Kontakt zu Kindern und jungen Menschen hätten. Der Großelterndienst bringt beide Seiten zusammen. „Beim Großelterndienst spielt das Thema Einsamkeit auch eine Rolle. Viele Senioren leben allein, haben kaum mehr Kontakte. Ihnen Kontakt zu Familien zu vermitteln, ist für beide Seiten toll“, sagt Groß.

Wie die Vernetzung im Kleinen, zwischen Senioren und Familien, soll auch die Vernetzung im Großen funktionieren: zwischen Gesundheitsamt, Institutionen und der Politik. Das ist das Ziel der Region Hannover als Mitglied im Gesunde Städte-Netzwerk. Seit 2013 ist die Region Mitglied. „Wenn sich viele Partner vernetzen, bekommen sie ein größeres Gewicht. Mehr Gehör. Und hoffentlich auch mehr politische Einflussnahme“, sagt Gabriele Groß. „Es liegt nicht nur in der Verantwortung jedes Einzelnen, ein gesundes Leben zu führen. Auch die Kommune hat eine Verantwortung, die Möglichkeiten dafür zu schaffen“, sagt Cora Hermenau, Regionsrätin und Dezernentin für Öffentliche Gesundheit der Region Hannover. Die Region Hannover, die als Kommunalverband für 1,1 Millionen Menschen in 21 Städten und Gemeinden verantwortlich ist, ist in Sachen Gesundheitsversorgung gut aufgestellt. „Viele kleinere und ländlichere Gebiete haben da mehr Schwierigkeiten“, so Groß. Und dennoch: „Wir hier als Gesundheitsamt sind nicht für eine Stadt sondern für 21 Städte und Gemeinden zuständig. Wir müssen mehr als andere schauen, welches Projekt wohin passt“, sagt Groß, die als studierte Sozialpsychologin im Team Prävention und Gesundheitsförderung des Gesundheitsamtes als Koordinatorin für Gesundheitsförderung arbeitet.

„Noch vier, drei, noch zwei. Und nun den Letzten, den schaffen Sie noch.“ Die Stimme des Fitnesstrainers ist durch den gesamten großen Saal zu hören. Fitness-Zeit im Regionshaus mit Kniebeugen, Stretching, Treppensteigen. Der Landessportbund Niedersachsen e.V. will beim Mitmachtag der Region mit dem Fitness-Test zeigen, wie gut Bewegung in den Alltag integriert werden kann. Die Selbsthilfekontaktstelle KIBIS stellt das umfangreiche Selbsthilfeangebot vor, die Sportregion Hannover hat Cross-Boccia im Angebot. Auch Seniorenbeiräte sind mit dabei, die Ärztekammer, Krankenkassen und Beratungsstellen. Sie alle haben eine Zielgruppe: Bürgerinnen und Bürger, die aktiv sind oder es zukünftig sein wollen und das Ziel haben, fit und gesund zu bleiben. Ein großes Ziel, bei dem manchmal auch die ganz kleinen Dinge helfen – wie ein Telefon mit besonders großen Tasten.

© Bilder: Region Hannover

Kontakt

Gabriele Groß
Region Hannover
Fachbereich Gesundheit
gabriele.gross@region-hannover.de

aufgeweckt – Gesundes Aufwachsen im Quartier

aufgeweckt – ein Kooperationsprojekt von Krankenkassen und dem Gesundheitsamt des Rhein-Kreises Neuss zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Kindern in einem Stadtteil mit sozialer Benachteiligung.

Hintergrund

Die Schwangerschaft, die Geburt, die ersten Monate und die Kleinkinderjahre stellen hohe Anforderungen an junge Familien. Um (werdende) Eltern von der Schwangerschaft an bis zur Einschulung ihres Kindes aktiv unterstützen zu können, hat das Gesundheitsamt des Rhein-Kreises Neuss mit Unterstützung von neun Krankenkassen und einer Unfallkasse sowie vielen weiteren Institutionen das Projekt „aufgeweckt“ ins Leben gerufen.

Viele Familien im derzeit ausgewählten Stadtteil Neuss-Weckhoven sind durch Überschuldung, Arbeitslosigkeit und finanziell schwierige Situationen belastet. Bei den Kindern spiegelt sich diese Problemlage darin wider, dass 60 % der vierjährigen bereits Auffälligkeiten in mindestens zwei untersuchten Bereichen (Verhaltensauffälligkeit, Körpermotorik, Sprachförderbedarf etc.) aufweisen und einen erhöhten Unterstützungsbedarf haben. Daher bietet der ausgewählte Stadtteil Neuss-Weckhoven mit insgesamt vier Kindertagesstätten (davon zwei Familienzentren) einen hohen Unterstützungsbedarf und einen guten Ansatz für das Modellprojekt.

Durch eine bessere Verzahnung von Gesundheitssystem, Familienbildung und Kinder- und Jugendhilfe in der „Frühen Förderung“ wird eine Präventionskette in einem Stadtteil mit sozialer Benachteiligung aufgebaut. Bisher getrennt voneinander erbrachte erfolgreiche Angebote und Maßnahmen werden sinnvoll aufeinander abgestimmt und koordiniert. Dabei werden Übergänge von einer Entwicklungsphase in die nächste, von einem Setting, wie Familie, Kita, Schule, in das nächste, besonders unterstützt. Dies beinhaltet bereits die Gesundheitsförderung von werdenden Müttern und Vätern mit dem Ungeborenen in der Schwangerschaft, aber auch die Eingliederung des Kindes in den Kitaalltag oder den Übergang zur Schule.

Die Bausteine

- Betreuung der Schwangeren und jungen Familien mit dem Kursprogramm „doppelt gesund – Prävention von Anfang an“
- „prokita plus“ – regelmäßige kinderärztliche Untersuchungen in den Kitas bis zur Einschulung mit Beratung der Eltern und Erzieherinnen über den Entwicklungsstand des Kindes und eventuelle Förder- bzw. Therapiemöglichkeiten
- Elternveranstaltungen in den Kitas zur Vorstellung des Projektes
- Elternkurse zu den Themen „1. Hilfe an Kleinkindern“, „gesunde Ernährung“ und Erziehung
- Fortbildungen für Erzieherinnen, Hauswirtschafterinnen und Tagesmütter in den Bereichen Psychomotorik, Ernährungsbildung, Entwicklungspsychologie, Sprachförderung, Erzieherinnengesundheit, etc.
- „Runder Tisch“ – regelmäßige Netzwerktreffen der Akteure im Projekt zur gemeinsamen Planung und Reflexion

© Bild: Kzenon / fotolia.com

Erste Ergebnisse

32 Elternkurse und genauso viele Fortbildungsangebote zu verschiedensten Gesundheitsthemen für Erzieherinnen wurden in der bisherigen Projektlaufzeit 2014 – 2016 im Stadtteil Neuss-Weckhoven vom Gesundheitsamt des Rhein-Kreises Neuss durchgeführt.

Eine Befragung und Analyse der Deutschen Sporthochschule Köln unter der Leitung von Prof. Dr. Dr. Christine Graf über die Angebote für Erzieherinnen ergab, dass die Fortbildungen sehr gut angenommen werden und die Inhalte auch in den Alltag integriert werden können. Über die Hälfte der Erzieherinnen stellte nach der Umsetzung der Fortbildungsinhalte Veränderungen in der Kita fest, hin zu einer gesunden Ernährung und ausreichender Bewegung.

Erstmals in der Geschichte des Rhein-Kreises Neuss wurden Ergebnisse der seit 2014 jährlich stattfindenden kinderärztlichen Untersuchung im Rahmen von „prokita plus“ präsentiert.

150 Kinder wurden in den Jahren 2014/2015 und 2015/2016 bei Kitaeintritt von einer Kinderärztin des Kinder- und Jugendärztlichen Gesundheitsdienstes untersucht. Den Eltern und ErzieherInnen wurden gezielte und bedarfsgerechte Hinweise, Anregungen und Empfehlungen zu den Förderbedürfnissen und einem eventuellen Therapiebedarf ihrer Kinder gegeben.

Ein Erfolg ist ohne Frage die hundertprozentige Teilnahme der Eltern und Kinder an den Untersuchungen der „neuen“ Kinder. Die Ergebnisse zeigen, dass auch schon bei den „Kleinen“ die Übergewichtsrate bei 23 % liegt, davon sind 11 % sogar adipös. Parallel dazu zeigten jeweils 25 % der Kinder Auffälligkeiten in der Feinmotorik und 25 % in der Sprache. 8,7 % der Kinder wiesen in der Körpermotorik einen Förderbedarf auf.

Die ersten Ergebnisse der kinderärztlichen Untersuchung bei den „Kleinen“ zeigen, dass das Projekt am richtigen Ort angesiedelt ist. Anhand einer Langzeitstudie wird überprüft werden, inwieweit sich das Projekt „aufgeweckt“ auf eine positive Entwicklung der Kinder auswirkt.

Perspektive

Die Unterstützungsangebote sollen ab 2017 auf einen weiteren Stadtteil, Neuss-Erfttal, ausgebaut werden. Ab 2017 werden schwerpunktmäßig die Kooperationen mit Grundschulen, Hebammen und Tagesmüttern intensiviert. Das Angebot an gesundheitsförderlichen Maßnahmen für Familien mit Kindern von 0 – 3 Jahren soll ausgebaut werden und bereits erfolgreiche Programme werden weiterhin stadtteilbezogen vernetzt.

Finanziell unterstützt wird das Projekt weiterhin durch den BKK-Landesverband NORDWEST, die Barmer, die energie BKK, die pronova BKK, die Techniker Krankenkasse, die AOK Rheinland/Hamburg, die Knappschaft, die DAK-Gesundheit und die IKK classic.

Den Film zum Projekt sowie weitere Informationen erhalten Sie auf www.rhein-kreis-neuss.de/aufgeweckt. ■

Kontakt

Barbara Albrecht – Projektleitung
Nadine Bollmeier – Projektmanagement
Rhein-Kreis Neuss,
Kinder- und Jugendärztlicher Gesundheitsdienst – KJGD
kjgd@rhein-kreis-neuss.de

System funktioniert, Patient profitiert!

Dr. Helmut Middeke (ärztlicher Direktor des Klinikum Lippe), Emma Smoljanow (Gesundheitshelferin) und Constanze Liebe (Geschäftsführerin des Ärztenetz Lippe) (v.l.n.r.), © Bild: Kreis Lippe

Im Kreis Lippe haben das Klinikum Lippe und das Ärztenetz Lippe kürzlich eine gemeinsame Versorgungsgesellschaft gegründet. An der Schnittstelle zwischen den Sektoren sorgen Case Managerinnen für reibungslose Abläufe.

Detmold. Schon seit einigen Jahren wird in Ostwestfalen im Kreis Lippe (345.000 Einwohner) die Zukunft der medizinischen Versorgung erprobt. Dabei geht es weniger um Hightech und Einzelspezialisierungen, sondern um eine bessere Integration und Kommunikation an der Versorgungsgrenze – Faktoren, die im leistungsstarken deutschen Gesundheitswesen regelmäßig angemahnt werden. Das Klinikum Lippe und das Ärztenetz Lippe haben gemeinsam ein sektorenübergreifendes Case Management entwickelt und implementiert. Die ursprüngliche Zielgruppe der geriatrischen Patienten wurde inzwischen auf chronisch kranke Erwachsene mit komplexen Versorgungsverläufen erweitert. Mittlerweile sind belastbare Versorgungsstrukturen entstanden, deren Grundlagen in den Jahren 2010 bis 2013 im Rahmen eines Förderprojektes des Landes Nordrhein-Westfalen gelegt wurden.

Weiterqualifizierte Gesundheits- und Krankenpflegekräfte sowie medizinische Fachangestellte („Gesundheitshelferinnen“) agieren im „Regionalen Versorgungskonzept Lippe“ als sektorenübergreifende Case Managerinnen und ermöglichen eine reibungslose, individuell angepasste Versorgung der Patienten – unabhängig davon, ob diese im Krankenhaus oder bei ihrem Hausarzt beziehungsweise Facharzt behandelt werden.

Von der engen Zusammenarbeit zwischen dem Klinikum Lippe und den rund 130 Ärzten des Ärztenetzes Lippe (sowie der Einbindung weiterer Leistungserbringer) profitieren sowohl die Patienten als auch deren Angehörige: Sie erhalten eine Beratung und Versorgung „aus einer Hand“, Versorgungsbrüche werden vermieden.

Insgesamt trägt die Arbeit der Gesundheitshelferinnen wesentlich dazu bei,

- die Bedürfnisse chronisch Kranker und älterer Menschen zu identifizieren,
- zielgerichtete Maßnahmen einzuleiten,
- eine bessere Versorgungsqualität für die Zielgruppe zu erreichen und
- im Sinne der Patienten deren eigene Häuslichkeit zu gestalten.

„Die Arbeit unserer Gesundheitshelferinnen hat maßgeblich dazu beigetragen, die stationäre und ambulante Versorgung im praktischen Arbeitsprozess zu verzahnen“, sagt Dr. med. Helmut Middeke, Medizinischer Geschäftsführer des Klinikums. Dies sei unter den aktuellen Rahmenbedingungen unbedingt erforderlich: „Chronisch Kranke mit komplexen Krankheitsverläufen suchen zwar regelmäßig die Klinik auf, werden die meiste Zeit aber nicht in der Akutklink versorgt, sondern ambulant vom betreuenden Haus- oder Facharzt“.

Ob Patienten für das sektorenübergreifende Case Management in Frage kommen, entscheidet immer der Arzt: Sowohl niedergelassene Ärzte als auch Ärzte aus der Akutklinik melden Patienten für die spezielle Versorgungsform an. Die Gesundheitshelferinnen koordinieren in gemeinsamer Abstimmung mit den zuständigen Medizinern.

Constanze Liebe, Geschäftsführerin des Ärztenetzes sieht in der neuen Form der Patientenbetreuung und -versorgung einen zukunftsweisenden Ansatz, um die Gesundheitsversorgung, gerade bei einer immer größeren Zahl hochbetagter Patienten im ländlich geprägten Kreis Lippe, auch langfristig auf hohem Niveau zu gewährleisten: „Die ärztlichen Einschreibungen der Patientinnen und Patienten erfolgen mittlerweile sehr zielgerichtet. Der Einsatz der Gesundheitshelferinnen wird von unseren Ärztinnen und Ärzten deutlich als Entlastung wahrgenommen, insbesondere im Rahmen der Versorgung komplex erkrankter Patienten mit Polymedikation und bestehenden bzw. sich abzeichnenden Funktionseinbußen“.

Die enge Kooperation zwischen der Gesundheitshelferin und dem Klinikum perfektioniert den Nutzen aus Klinksicht: „Bei Notwendigkeit einer stationären Aufnahme ist die häusliche Situation der Patientinnen und Patienten den Gesundheitshelferinnen exakt bekannt. Dies trägt maßgeblich zu einem zielgerichteten Entlassungsmanagement bei und bedient gleichzeitig die neuen gesetzlichen Vorgaben“, betont Dr. Helmut Middeke.

Ärztenetz und Klinikum sind sich darin einig, mit der Gründung der Case Management Gesellschaft auch im rechtlichen Sinne einen verbindlichen richtigen Schritt gegangen zu sein: „Wenn die Bevölkerung in ländlichen Gebieten weiterhin von einer hochwertigen Gesundheitsversorgung profitieren soll, kommen Kliniken und Ärztenetze gar nicht aneinander vorbei“, so die einhellige Meinung von Constanze Liebe und Dr. Helmut Middeke. ■

Kontakt

Anja Rethmeier-Hanke
Stabstelle Medizinische Steuerung und Entwicklung
Klinikum Lippe GmbH
anja.rethmeier-hanke@klinikum-lippe.de

Gesundheitsregionen^{plus}

Chance zur Vernetzung und Zusammenarbeit in Bayern illustriert am Beispiel der Gesundheitsregion^{plus} Stadt Nürnberg

Was alle angeht, können nur alle lösen.

(F. Dürrenmatt)

In Bayern gab es bisher keine gesetzliche Verankerung und – abgesehen von einer überschaubaren Anzahl kommunaler Initiativen und Pilotprojekte – keine Programme zur Einrichtung kommunaler Gesundheitskonferenzen. Seit 2015 nun weht ein neuer Wind namens Gesundheitsregionen^{plus} durch Bayern. Dabei handelt es sich um ein vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege aufgelegtes Programm zur Förderung des Strukturaufbaus kommunaler Gesundheitskonferenzen. Erklärtes Ziel ist es, durch die Vernetzung und Koordination der im Gesundheitswesen Beteiligten auf kommunaler Ebene beizutragen zu einer:

- Verbesserung des Gesundheitszustands der Bevölkerung.
- Erhöhung der gesundheitsbezogenen Lebensqualität, insbesondere unter Berücksichtigung der gesundheitlichen Chancengleichheit.

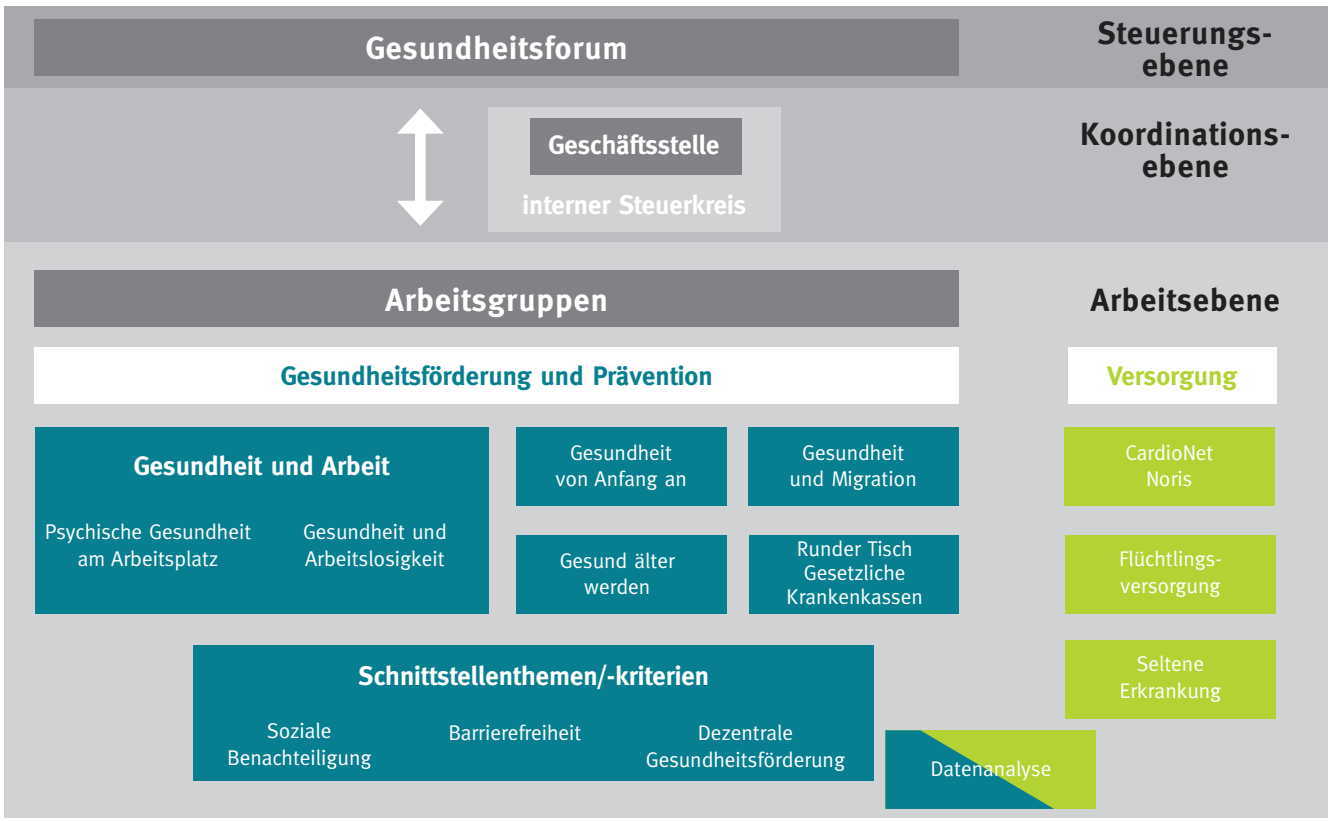


Abb. 1: Struktur der Gesundheitsregion^{plus} Stadt Nürnberg

Unter den aufzubauenden Strukturen nennt das Programm die Einrichtung einer koordinierenden Geschäftsstelle, die Gründung eines Gesundheitsforums als Planungs- und Steuerungsgremium mit Beteiligung aller relevanten Akteure des lokalen Gesundheitswesens unter Vorsitz des Oberbürgermeisters (!) sowie die Einrichtung von themenspezifischen Arbeitsgruppen in den zentralen Themenfeldern Versorgung, Gesundheitsförderung und Prävention.

Sowohl kreisfreie Städte als auch Landkreise können einen Antrag zur Förderung als Gesundheitsregion^{plus} stellen. Geförderte Regionen erhalten neben einer fachlichen Begleitung durch das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege und das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit eine finanzielle Unterstützung über einen Zeitraum von fünf Jahren zur Einrichtung und zum Betrieb einer Geschäftsstelle in Höhe von 70 % (max. 50.000 Euro) der Sach- und Personalkosten pro Jahr. Der Geschäftsstelle selbst stehen aus dem Programm keine eigenen Projektgelder zur Verfügung.

Das Gesundheitsforum trat in Nürnberg erstmals am 9. Dezember 2015 zusammen und hat seitdem zwei weitere Male getagt. Aktuell setzt sich das Gesundheitsforum aus 39 stimmberechtigten Mitgliedern zusammen.

Das Gesundheitsforum benennt die Zielrichtung und Themenschwerpunkte der Handlungsfelder; eigentliches Herzstück der Gesundheitsregion^{plus} Stadt Nürnberg sind jedoch die nunmehr elf Arbeitsgruppen, denn hier findet gemeinsam mit den Expertinnen und Experten zu den jeweiligen Themen fachliche Handarbeit statt. Die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen sowie dort entwickelte konkrete Handlungsvorschläge werden wiederum an das Gesundheitsforum rückgemeldet.

Die folgende Übersicht zeigt, dass in Nürnberg die Themen im Handlungsfeld Gesundheitsförderung und Prävention überwiegen – eine nicht untypische Themenverteilung für eine Großstadt.

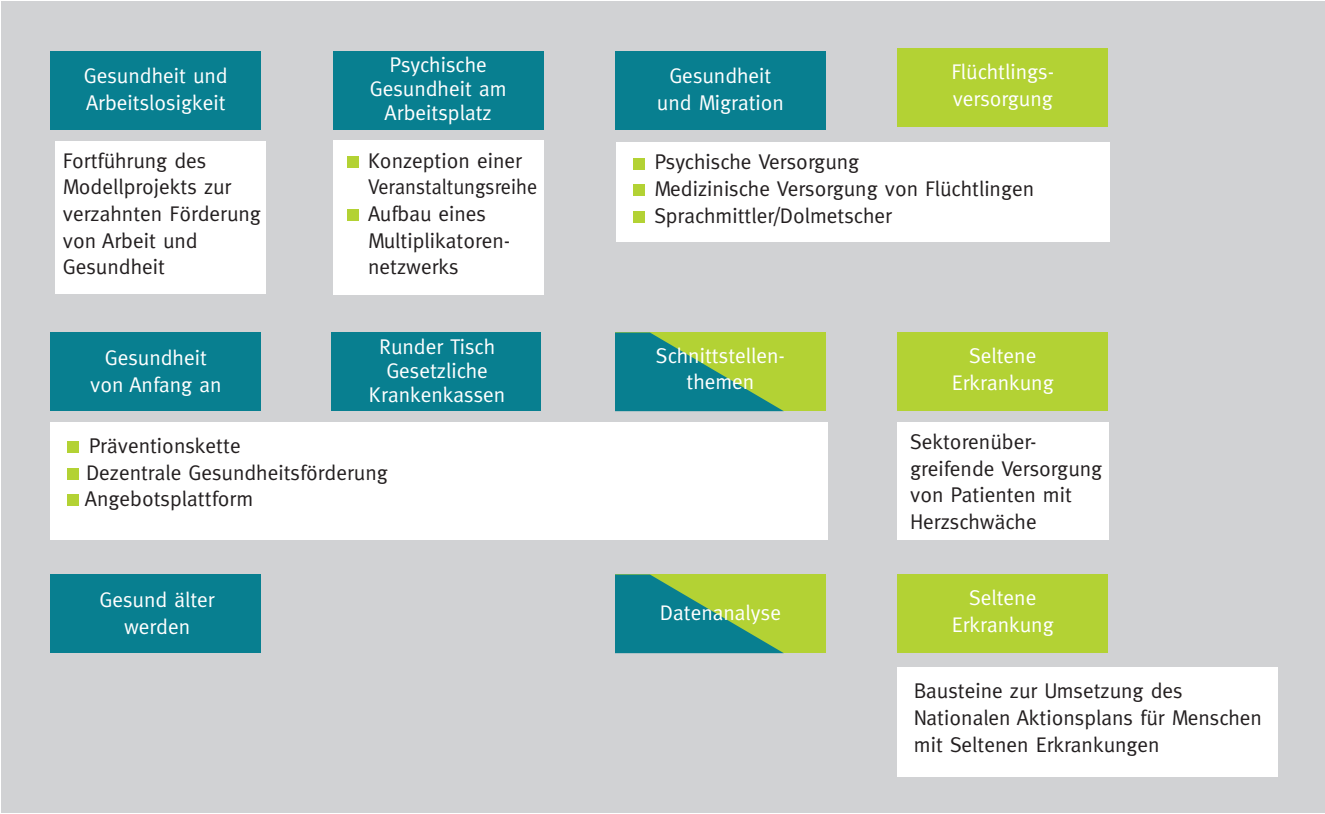


Abb. 2: Themen der Arbeitsgruppen

© Bild: Magnus / fotolia.com

Beispiel: Arbeitsgruppe „Arbeitslosigkeit und Gesundheit“

Gesundheitsförderung bei Arbeitslosen hat einen besonderen Stellenwert – zum einen stellt langanhaltende Arbeitslosigkeit ein Gesundheitsrisiko dar, zum anderen erschweren gesundheitliche Einschränkungen den beruflichen Wiedereinstieg.

Mit der Aufnahme des Jobcenters Nürnberg-Stadt in das Gesundheitsforum und der Einrichtung der Arbeitsgruppe „Arbeitslosigkeit und Gesundheit“ wurde das Thema in der Gesundheitsregion^{plus} Stadt Nürnberg verankert. Im Mittelpunkt stehen hier Aktivitäten zur Weiterentwicklung des Modellprojekts zur Verknüpfung von Arbeits- und Gesundheitsförderung im Setting. Die Arbeitsgruppe versteht sich dabei als Steuerungsgruppe für die als Setting-Projekt verstandene Weiterentwicklung des Kooperationsmodells zwischen BA und GKV.

Das Ziel des Modellvorhabens, vermittlungshemmende Risikofaktoren zu reduzieren und Beschäftigungsfähigkeit herzustellen, wird in Nürnberg in zwei Strängen verfolgt:

a) Weiterentwicklung des Modellprojekts mit den entsprechenden Strukturen im Jobcenter Nürnberg-Stadt
b) dezentrale Erreichbarkeit der Zielgruppe durch weitere Projektpartner in Stadtteilen, in denen ausweislich der Sozialstatistik ein überdurchschnittlich hoher Anteil Arbeitsloser lebt

Nachdem die Arbeitsgruppe zunächst aus Interessierten des Gesundheitsforums bestand, hat sich der Kreis schnell erweitert und umfasst aktuell neun beteiligte Einrichtungen. Dazu gehören neben städtischen Stellen (Gesundheitsamt, Suchtbeauftragter, Bildungscampus und Netz gegen Armut) und dem Jobcenter Nürnberg-Stadt das Nürnberger Bündnis gegen Depressionen, der Deutsche Gewerkschaftsbund Mittelfranken, das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und die Technische Hochschule Nürnberg.

Die Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe „Arbeitslosigkeit und Gesundheit“ illustriert die Bedeutung und den Mehrwert des kollaborativen Ansatzes der Gesundheitsregion^{plus}, denn gemeinsam können wir mehr erreichen als die Summe unserer einzelnen Taten. ■

Romy Eißner
Geschäftsstellenleitung der Gesundheitsregion^{plus}
Stadt Nürnberg, Gesundheitsamt

Kontakt
Dr. Ina Zimmermann
Teilbereichsleitung Gesundheitsförderung/
Gesundheitsplanung
Stadt Nürnberg – Gesundheitsamt
ina.zimmermann@stadt.nuernberg.de

Stadtgesundheitsprofil der Landeshauptstadt Dresden erschienen

Gute-Praxis-Beispiele „KiNET – Netzwerk für Frühprävention, Sozialisation und Familie“ und „Aufwachsen in sozialer Verantwortung“

Die Landeshauptstadt Dresden gibt in regelmäßigen Zeiträumen ein Stadtgesundheitsprofil heraus. Wie gesund sind die Dresdnerinnen und Dresdner? Welche Faktoren beeinflussen das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger? Dies sind die zwei zentralen Fragen, die mit dem neuen Bericht beschrieben werden. Dabei werden verschiedene Personengruppen besonders in den Blick genommen. So werden die kleinen Dresdnerinnen und Dresdner genauso thematisiert, wie das mittlere Erwachsenenalter oder die Seniorinnen und Senioren in der Stadt. Auf den 130 Seiten erfährt der Leser/die Leserin, wie sich der Gesundheitszustand sowie die Gesundheitsversorgung in den letzten Jahren entwickelt haben. Dabei werden ebenso Aussagen zur sozialen Lage wie auch zur körperlichen Aktivität oder zur Lebensumgebung gemacht, die einen Einfluss auf unser Wohlbefinden haben.

Stadträumliche Datenanalyse

Mehr als die Hälfte aller Dresdnerinnen und Dresdner schätzt ihren subjektiven Gesundheitszustand als gut ein. Dennoch sind hier sowohl altersspezifische als auch stadträumliche Unterschiede ersichtlich. Jüngere Menschen schätzen ihren subjektiven Gesundheitszustand besser ein als ältere Menschen.

Um Maßnahmen zur Herstellung gesundheitlicher Chancengerechtigkeit fortzuführen und weiter im Prozess zu entwickeln, bedarf es einer laufenden stadträumlichen Datenanalyse. In der Betrachtung der einzelnen Stadträume zu unterschiedlichen Kriterien über die einzelnen Jahre hinweg können so Handlungspotenziale erkannt werden. In Stadträumen mit einem höheren Anteil an sozial-benachteiligten Menschen wird die eigene Gesundheit schlechter eingeschätzt und die Menschen sind auch weniger körperlich aktiv. So ist die Förderung der körperlichen Aktivität, auch im Sinne der notwendigen Prävention von Übergewicht und Herz-Kreislauferkrankungen, ein Schwerpunkt der Arbeit im WHO-Projekt „Gesunde Städte“, welcher sich aus den Ergebnissen ableiten lässt.

Hier setzt die Landeshauptstadt Dresden auf niedrigschwellige Angebote zur Bewegungsförderung, die stadträumlichen Bezug haben. Zu nennen sind hier u. a. das Projekt „Bewegung im Stadtteil“ für die ältere Bevölkerung bzw. die wohnortnahen Laufstrecken (für nähere Informationen siehe www.dresden.de/walkingpeople). ›

© Bild: hebstreit / fotolia.com

Daten für Taten

Ebenso werden die Daten zur Beschreibung der Kindergesundheit genutzt, um strukturelle Ansätze zur Gesundheitsförderung vor allem am Übergang von der Kindertagesbetreuung in die Schule zu generieren bzw. zu überprüfen. Zu nennen sind hier zum Beispiel das Handlungsprogramm „Aufwachsen in sozialer Verantwortung“ mit zusätzlichen Stellen von sozialpädagogischen Fachkräften in Kindertageseinrichtungen mit besonderen Bedarfen oder auch das Dresdner Modell KiNET – Netzwerk für Frühprävention, Sozialisation und Familie. Beide Programme werden wissenschaftlich begleitet und zeigen positive Effekte.

In der Betrachtung der Daten zur stationären Versorgung kann belegt werden, dass in der mittleren Altersgruppe (40 bis 50 Jahre) psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol die häufigste Krankheitsursache einer stationären Behandlung sind. Im fortgeschrittenen Alter kommen Herz-Kreislauferkrankungen als häufige Behandlungsgründe hinzu. Zur Prävention von Suchterkrankungen, insbesondere Alkoholabhängigkeit, wird in Dresden neben Maßnahmen der Verhaltensprävention auch auf die Etablierung von verhältnispräventiven Maßnahmen z. B. in Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Personennahverkehr, Sportstätten etc. gesetzt.

Der Bericht ist im Internet unter www.dresden.de/who verfügbar bzw. kann in gedruckter Version entgeltfrei über das Projektbüro „Gesunde Städte“ der Landeshauptstadt Dresden (gesundestadt@dresden.de) angefordert werden.

Kontakt
Dr. Peggy Looks
Beauftragte WHO-Projekt „Gesunde Städte“
Landeshauptstadt Dresden
plooks@dresden.de

Kieler Gesundheitsbericht 2016 zur Gesundheit der Schulanfängerinnen und Schulanfänger

Die dritte Fortschreibung des Kieler Gesundheitsberichtes zeigt im Vergleich zum ersten Bericht aus dem Jahr 2006 eine Verbesserung des Gesundheitszustandes der Schulanfängerinnen und Schulanfänger. Heute sind weniger Kinder übergewichtig und sie haben seltener Karies. Die Sprachkompetenz hat sich hingegen verschlechtert. Die Daten des Kieler Gesundheitsberichtes basieren auf den Schuleingangsuntersuchungen und Ergebnissen des zahnärztlichen Dienstes des Amtes für Gesundheit der Landeshauptstadt Kiel.

Sichtbar wird, dass der Gesundheitszustand in den Ortsteilen variiert und in manchen Ortsteilen noch ein großer Unterstützungsbedarf besteht. Gesundheitserziehung ist ein Bildungsauftrag, der in allen kindlichen Lebenswelten unterstützt und wahrgenommen werden sollte.

www.kiel.de/leben/gesundheit/gesundheitsberichterstattung/_dokumente/gesundheits-bericht_2016_gesundheit_schulanfaenger.pdf

Kontakt
Landeshauptstadt Kiel
Amt für Gesundheit

Hendrik Waldmann (0431 901-2112)
Fritz Schultz (0431 901-4209)

Daten für Taten – Kieler Sozialbericht 2016

Die Landeshauptstadt Kiel legt zum siebten Mal einen Sozialbericht vor. Er orientiert sich in seinen Themen an den Standards der Sozialberichterstattung und macht die vorliegenden kommunalen Sozialdaten transparent. Hierzu gehören auch Daten aus dem öffentlichen Gesundheitswesen.

Daten für Taten – nach dieser Maxime sollen die Informationen eine Grundlage für Argumentationshilfen und politische Entscheidungen bieten.

Der Bericht dient auch als fachübergreifender Planungs- und Orientierungsrahmen der Verwaltung für die Steuerung der Entwicklung der Stadt, die sich am Grundgedanken der Sozialen Stadt orientiert.

Der Sozialbericht 2016 ist einsehbar unter www.kiel.de/leben/sozial/sozialbericht/index.php

Kontakt

Landeshauptstadt Kiel, Referat des Stadtrats für Soziales, Gesundheit, Wohnen und Sport - Sozialplanung, Berichte, Strategisches Controlling

Birte Rassmus (0431 901-3026)
Lutz Richter (0431 901-3085)

Bericht „Frühe Hilfen“ in Kiel

Der Begriff „Frühe Hilfen“ umfasst nach dem Bundeskinderschutzgesetz die Abbildung lokaler und regionaler Unterstützungssysteme für Eltern und Kinder vorrangig bis zum dritten Lebensjahr. Der Bericht „Frühe Hilfen“ 2016 gibt einen Überblick über die bis heute vorliegenden Rahmenbedingungen und Strukturen, beschreibt Angebote und knüpft an die bisherige Berichterstattung des Amtes für Gesundheit der Landeshauptstadt Kiel an. Er macht deutlich, wie das Kieler Konzept die Schwerpunktsetzung der „Bundesinitiative Frühe Hilfen und Familienhebammen“ aufgreift und umsetzt. Er beschreibt die Umsetzung der Förderrichtlinie des Landes Schleswig-Holstein „Schutzengel vor Ort“ und stellt ergänzend die Bausteine dar, die durch kommunales Engagement in Kooperation mit vielen unterschiedlichen Partnern realisiert werden konnten.

Der Bericht „Frühe Hilfen“ 2016 ist zu finden unter www.kiel.de/leben/gesundheit/gesundheitsberichterstattung/_dokumente/gesundheitsbericht_fruehe_hilfen2016.pdf

Kontakt

Hendrik Waldmann
Landeshauptstadt Kiel
Amt für Gesundheit
Hendrik.Waldmann@kiel.de

© Bilder: Stadt Kiel

Neu dabei im Gesunde Städte-Netzwerk

Frankenberg (Eder)

Die Stadt Frankenberg an der Eder liegt im waldreichen und hügeligen Feriengebiet Ederbergland am südlichen Ausläufer des Rothaargebirges. Knapp 20.000 Einwohner zählt das gastfreundliche Mittelzentrum in Hessens flächengrößtem Landkreis. Die Stadt ist umgeben von einem ausgedehnten Wander- und Radwegenetz sowie zahlreichen Nordic-Walking-Strecken. Mit ihrem einzigartigen 10-türmigen Rathaus von 1509 und besterhaltenem Fachwerk in der liebevoll sanierten Altstadt ist Frankenberg (Eder) eine echte Perle der Region.

Nachdem Frankenberg (Eder) sich als Modellkommune über zehn Jahre hinweg zur Familienstadt entwickelt hat, vollzieht die Stadt aktuell den Wandel zur „Generationenstadt Frankenberg“. Im Fokus steht dabei die Sicherstellung einer generationsübergreifenden Gesundheitsversorgung. Teil der Generationen-Vision ist die Schaffung eines Gesundheits-, Bildungs- und Familienzentrums mit multimodalem Behandlungskonzept mitten in der Stadt. Durch die Schaffung entsprechender Strukturen für eine „schmerzfreie Stadt“ soll damit die Schmerzversorgung vor allem älterer Menschen nachhaltig verbessert werden.

Generationenparcour Frankenberg, © Bild: Frankenberg (Eder)

Die gesundheitliche Versorgung ist derzeit sichergestellt durch ein Krankenhaus, zahlreiche Fachärzte und hausärztlich tätige Allgemeinmediziner, verschiedene Altenpflegezentren sowie – in unmittelbarer Nähe – eine Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie. Aktuell sind alle Arztsitze im hausärztlichen Bereich vergeben und die ärztliche Versorgung ausreichend. Als Teil der Modellregion „Regionale Gesundheitsdialoge“ legt Frankenberg (Eder) Wert darauf, Versorgungslücken frühzeitig zu erkennen und zu schließen sowie die weitere Vernetzung verschiedener Gesundheitsakteure im Stadtgebiet voranzutreiben. Die jährlich stattfindende Gesundheitsmesse lokaler Akteure, zuletzt mit dem Schwerpunkt Naturheilkunde, verfolgt dasselbe Ziel.

Großes städtisches Engagement fließt außerdem mit den Schwerpunkten Ernährung und Bewegung vor allem in die Bereiche Kinder- und Jugendvorsorge. Regelmäßige Sporttage zusammen mit den ortsansässigen Vereinen und Unternehmen machen Gesundheitsvorsorge auch im Alltag konkret.

Frankenberg (Eder) ist seit Ende 2016 Mitglied im Gesunde Städte-Netzwerk. ■

Kontakt

Dr. Daniela Sommer (für die Initiativen)
d.sommer@ltg.hessen.de

Wolfgang Danzeglocke (für die Kommune)
Stadtverwaltung Frankenberg (Eder)
danzeglocke.wolfgang@frankenberg.de

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf hat im Jahr 2016 gemeinsam mit der Universitätsstadt Marburg die Initiative „Gesundheit fördern – Versorgung stärken“ auf den Weg gebracht und damit einen wichtigen inhaltlichen und strukturellen Schritt gemacht, um die gesundheitlichen Rahmenbedingungen für die Menschen in der Region nachhaltig verbessern zu können. Die Mitgliedschaft im Gesunde Städte-Netzwerk ist ein weiteres positives Signal in der Gesundheitsförderung und Prävention an die vielen unterschiedlichen Akteure sowie die ca. 240.000 Einwohnerinnen und Einwohner im Landkreis Marburg-Biedenkopf.

Ziele der Mitgliedschaft sind ein intensiver Austausch und die enge Zusammenarbeit mit anderen Kommunen, um deren Erfahrungen in die Arbeit einfließen lassen zu können. Gleichzeitig möchte der Landkreis Marburg-Biedenkopf seine Perspektive als Flächenlandkreis und seine Erfahrungen in das Gesunde Städte-Netzwerk einbringen. Der Landkreis hat bereits in der Vergangenheit viele gesundheitsfördernde Maßnahmen auf den Weg gebracht. Gute Beispiele sind das „Marburger Modell“ zur Gesunderhaltung der Zähne bei Kindern oder das Programm „Menschenskind“. Gerade das Programm „Menschenskind“ hat in den vergangenen zehn Jahren erfolgreich junge Eltern bei der Entwicklung ihrer Kinder von der Schwangerschaft bis zum dritten Lebensjahr begleitet. Außerdem hat der Kreis 2014 die Hessischen Gesundheitspreise für die drei Maßnahmen „Aid-Ernährungsführerschein“ in Grundschulen, Sport für Demenzkranke („Moment“) und „Gesund altern in der Gemeinde Lohra“ erhalten. Ein weiteres Beispiel ist die Radtour für Organspende, eine von Kreis und Selbsthilfegruppen organisierte und jährlich wiederkehrende Aktion, um das Thema Organspende in der öffentlichen Wahrnehmung zu verstärken.

Landrätin Kirsten Fründt bei der Radtour für Organspende
© Bild: Landkreis Marburg-Biedenkopf

Neu dabei im GSN

LANDKREIS MARBURG BIEDENKOPF

Die Einbeziehung der Menschen in den 22 kreisangehörigen Städten und Gemeinden bei der Umsetzung der Initiative „Gesundheit fördern – Versorgung stärken“ ist von zentraler Bedeutung. In den vergangenen Monaten führte daher das Gesundheitsamt in einem ersten Schritt mit allen Bürgermeistern im Landkreis Gespräche, um wichtige Hinweise zu möglichen Bedarfen und Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner zu erhalten.

In einer ersten Präventionskonferenz mit knapp 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern Ende Januar 2017 hat daher der Landkreis für die drei Lebensphasen „Gesund aufwachsen“, „Gesund bleiben – Mitten im Leben“ und „Gesund altern“ je einen Arbeitskreis ins Leben gerufen. Im Sinne des partizipativen Ansatzes sollen die Gesundheits- und Selbsthilfeinitiativen über die Selbsthilfe-Kontaktstelle Marburg in diese neuen Arbeitskreise integriert werden.

Kontakt

Rolf Reul
Fachdienst Prävention und Beratung
Landkreis Marburg-Biedenkopf
ReulR@marburg-biedenkopf.de

Neu dabei im Gesunde Städte-Netzwerk Rheine

Auftakttreffen des 1. Runden Tisches Gesundheit (v.l.n.r.) Julia Gakstatter (Selbsthilfenetzwerk Kreis Steinfurt), Frank de Groot-Dirks (Stadt Rheine), Ulrike Meier (EWG), André Siggemann (praxis Hochschule), Dr. Margareta Plaßmann (Ärzteverbund Rheine), Ute Silwedel (Selbsthilfenetzwerk Kreis Steinfurt), Anne Leiwering-Muldbücker (EWG), Matthias Becker (Mathias-Stiftung Rheine) und Dr. Manfred Janssen (EWG) © Bild: EWG Rheine

Runder Tisch Gesundheit Rheine gegründet

Seit kurzem übernimmt die EWG - Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH eine Koordinierungsfunktion für das Gesunde Städte-Netzwerk in Rheine. Die Stadt Rheine ist Ende des letzten Jahres gemäß Ratsbeschluss Mitglied im bundesweiten Netzwerk geworden, das sich als Teil der Gesunde Städte-Bewegung der WHO versteht und sich intersektoral mit Gesundheitsthemen im Rahmen der Stadtentwicklung beschäftigt.

In Rheine ist das Thema Gesundheit ein herausragendes Standortmerkmal der Stadt – die Konzentration an Gesundheitseinrichtungen macht es deutlich. Mit dem Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept 2025 (IEHK) hat die Stadt Rheine daher als ein Leitziel beschlossen, Rheine als Gesundheitsstandort weiter auszubauen. Parallel dazu spielt das Thema Gesundheit auch beim Kommunikationskonzept der Stadt Rheine „alles gesund hier“ eine zentrale Rolle. Hier stehen insbesondere die Lebensqualität, das Zusammenspiel von gesundem Lebensraum und einem guten gesundheitlichen Versorgungssystem als auch das vielfältige Kulturangebot, die Bildungslandschaft sowie die gute Arbeitsmarktsituation im Vordergrund.

Durch die Verortung der Koordinierungsfunktion bei der EWG sollen die Stärken hervorgehoben, die vielfältigen Aktivitäten der verschiedenen Akteure im Gesundheitsbereich gebündelt und Synergien noch effizienter genutzt, aber auch Probleme identifiziert werden. Vor diesem Hintergrund traf sich in der vergangenen Woche zum ersten Mal der „Runde Tisch Gesundheit“ im Wirtschaftskontor. Der Runde Tisch besteht in seiner Startformation aus Vertretern der Mathias Stiftung, des Ärzteverbundes, der praxis Hochschule, des Selbsthilfe Netzwerkes Kreis Steinfurt, der Stadt Rheine und der EWG. „Wir danken den Akteuren für ihre Bereitschaft am Runden Tisch mitzuwirken, der projektbezogen um weitere Partner ergänzt werden soll“, erläutert Dr. Manfred Janssen als Geschäftsführer der EWG und Anne Leiwering-Muldbücker als verantwortliche Koordinatorin für das Gesunde Städte-Netzwerk in Rheine ergänzt: „Das Treffen bildete einen Auftakt für eine neue Betrachtung und Zusammenarbeit im Bereich Gesundheit, Lebensqualität und Stadtentwicklung.“

Der „Runde Tisch Gesundheit“ dient dabei als Plattform des Austauschs und Dialogs. Hier sollen gemäß der Vorgaben des Gesunde Städte-Netzwerkes Projektansätze besprochen werden, die für die gesamte Stadt und die gesundheitsrelevanten Einrichtungen am Standort einen Mehrwert darstellen. „Schon das erste Treffen hat dabei gezeigt, dass es viele Anknüpfungspunkte gibt, die vertiefend betrachtet werden sollen und aus denen sich Kooperationsmöglichkeiten der unterschiedlichen Akteure ergeben können“, erläutert Ulrike Meier von der EWG. Das nächste Treffen ist bereits geplant. ■

Kontakt

Anne Leiwering-Muldbücker & Ulrike Meier
Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft
info@ewg-rheine.de

Oberhausen
neues Mitglied des Gesunde Städte-Netzwerkes

© Bilder: Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH, Fotografin Steffi Frank

Ein Wahrzeichen der Stadt sowie ein Symbol für den gelungenen Strukturwandel im Ruhrgebiet ist der Gasometer, ein ehemaliger Kokereigasspeicher, der wohl einer der außergewöhnlichsten Ausstellungsorte Europas ist. Für seine Kurzfilmtage ist Oberhausen international bekannt. Seit 1954 treffen sich jedes Jahr internationale Filmregisseure und Filmjournalisten in Oberhausen. Faszinierende Musicals im Stage Metronom Theater, atemberaubende Konzerte in der König-Pilsener-Arena, Einkaufsspaß der Superlative im CentrO sowie das Oberhausener Theater, die Kabarettbühne Ebertbad und das Sea Life Aquarium sind weitere Zeugnisse, dass sich aus der einstigen Industriestadt eine weltoffene, spannende und moderne Kommune entwickelt hat, in der aber die Zeit als Kohlebergbaustadt im Straßenbild allgegenwärtig ist. Die Siedlung Eisenheim ist die älteste Arbeitersiedlung des Ruhrgebiets und eine der ältesten erhaltenen in Deutschland.

Die gesundheitliche Infrastruktur in Oberhausen weist mit sechs Krankenhäusern und einer flächendeckenden Versorgung mit Arztpraxen einen sehr guten Status auf. Darüber hinaus verfügt die Stadt über eine langjährige lebendige Selbsthilfelandschaft. Viele Aktionen und Projekte, wie zum Beispiel die Vorsorgetage zur Prävention und Früherkennung, erweitern die Gesundheitslandschaft und zeigen sich bürgernah. Ein MRE-Netzwerk (Multiresistente Erreger-Netzwerk), die Präventionskampagne „Gesunder Babyschlaf“, Gesundheitstage an Grundschulen sowie J1-Aktionen an den weiterführenden Schulen sind weitere Beispiele für das gesundheitliche Engagement der Stadt. Ein Kinder- und Jugendgesundheitsbericht aus dem Jahr 2011 zeigt sehr anschaulich die gesundheitliche Situation von Kindern und Jugendlichen in Oberhausen. In Anbetracht der hohen Flüchtlingszahlen in den letzten Jahren wurde auch Oberhausen vor große Herausforderungen gestellt. Aufgrund der hohen Motivation von Oberhausener BürgerInnen sowie der Bereitschaft von freiwilligen ÄrztInnen wurde die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen aber schnell und effizient sichergestellt. Viele Kliniken und niedergelassene ÄrztInnen richteten spezielle Flüchtlingssprechstunden ein, in denen Dolmetscher oder fremdsprachige ÄrztInnen zur Verfügung stehen. Durch die Koordinationsstelle „Frühe Hilfen“ wurde eine Hebammenhotline realisiert, welche schwangere Geflüchtete berät und betreut. Die Frauenberatungsstelle Oberhausen bietet darüber hinaus eine Beratung für geflüchtete Frauen mit Gewalterlebnissen und Traumatisierungen an. Der Einsatz von interkulturellen MediatorInnen stellt ein weiteres niederschwelliges Gesprächsangebot für Geflüchtete dar.

Als Plattform für alle AkteurInnen im Bereich Gesundheit dient die kommunale Gesundheitskonferenz. Sie hat die Aufgabe, die gesundheitliche Versorgung in Oberhausen zu beobachten und weiterzuentwickeln und bietet eine Möglichkeit zur Information, zum Austausch und zur Diskussion von neuen Ideen, Projekten und Kooperationen.

Im Januar 2016 trat Oberhausen dem Netzwerk der Gesunden Städte bei. Gleichzeitig wurde die Stabsstelle für Gesundheitskoordination im Gesundheitsamt der Stadt ins Leben gerufen, deren Aufgabe es ist, mit Institutionen und Gruppen in Oberhausen ins Gespräch zu kommen, Kontakte zu knüpfen und neue Projekte zur Gesundheitsförderung und Prävention zu initiieren und zu koordinieren.

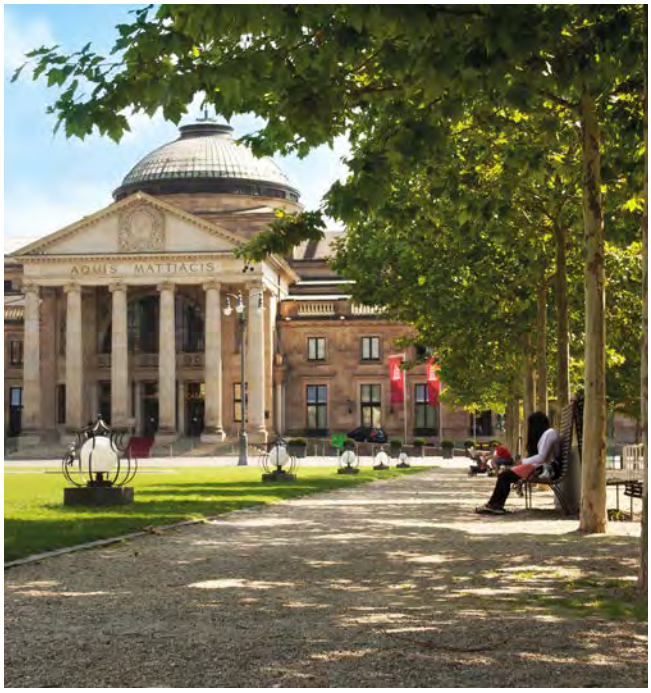
Kontakt

Dr. Andrea Neumeyer-Sickinger (für die Kommune)
Stadt Oberhausen, Bereich Gesundheitswesen
andrea.neumeyer-sickinger@oberhausen.de

Heike Kehl-Herlyn und Svenja Ricken (für die Initiativen)
Selbsthilfe-Kontaktstelle Oberhausen
selbsthilfe-ob@paritaet-nrw.org

Wiesbaden hat sich bereits in der Antike zu einem Ort des Wohlbefindens und der Gesundheit entwickelt und auch heute noch wird das Thermalbad Aukammtal und die auf dem Fundament eines römischen Schwitzbades errichtete Kaiser-Friedrich-Therme mit dem Quellwasser, das bereits die Römer nutzten, gespeist.

Neu im GSN Gesundheitsstandort Wiesbaden



© Bild: Wiesbaden Marketing GmbH

Die hessische Landeshauptstadt hat sich zu einem modernen Gesundheitsstandort weiterentwickelt. Denn wie damals sind es heute wieder u.a. viele internationale Gäste, die das in Wiesbaden gebündelte medizinische Know-how nachfragen und in den zahlreichen Fachkliniken Rehabilitation und Erholung suchen. Neben den zahlreichen anerkannten Fach- und Rehabilitationskliniken, die unter anderem auch für die Behandlung von Rheuma-Erkrankungen geschätzt werden, verfügt die hessische Landeshauptstadt über mehrere Krankenhäuser, davon eines der Maximalversorgung.

Seit 1972 wird der Carol-Nachman-Preis an anerkannte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Wiesbaden vergeben. Der mit 37.500 Euro dotierte Preis ist die zweithöchste medizinische Auszeichnung Deutschlands und dient der Förderung der klinischen, therapeutischen und experimentellen Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Rheumatologie.

Für ein modernes Konzept sind darüber hinaus Präventionsdenken und Gesundheitsförderung von entscheidender Bedeutung. Die Stadtverordnetenversammlung hat deshalb im März 2016 beschlossen, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden dem Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland beitritt. Die dafür notwendige Koordinierungsstelle wird bei der EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH angesiedelt. Wiesbaden verpflichtet sich auf das 9-Punkte-Programm des Netzwerkes und erklärt sich mit den Zielen und Inhalten der Ottawa-Charta der Weltgesundheitsorganisation WHO zur Gesundheitsförderung von 1986 einverstanden.

Zahlreiche öffentliche Veranstaltungen zum Thema Gesundheit und Medizin prägen den Standort Wiesbaden. Neben wissenschaftlichen Fachveranstaltungen, auch internationaler Prägung, veranstaltet das Wiesbadener Gesundheitsamt gemeinsam mit Selbsthilfeinitiativen und ortsansässigen Partnern lebensweltnahe Veranstaltungen rund um das Thema Gesundheit für alle Bürgerinnen und Bürger. Dies sind regelmäßige Vortragsreihen, aber auch Aktionstage und Ausstellungen. So zum Beispiel seit mehr als 10 Jahren in Zusammenarbeit mit dem Praxisverbund Wiesbaden im Rathaus die Reihe „Verständliche Medizin – Gesundheitsthema des Monats“. Hier erhalten die Besucher viele Anregungen für einen gesunden und aktiven Lebensstil.

Kontakt

Cornelia Luetkens (für die Initiativen)
Ralf Jäger (für die Kommune)
EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH
info@ein-gesundes-wiesbaden.de

Kompetenzforum in Leipzig

Was können/was sollen Kommunen in der Gesundheitsversorgung und Gesundheitsförderung für Zuwanderer leisten?

So lautete die Fragestellung der ExpertInnenrunde beim Kompetenzforum 2017, das das Gesunde Städte-Netzwerk mit der Stadt Leipzig und den Kolleginnen vom Leipziger Gesundheitsamt am 27. Februar in der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig (HTWK) organisiert hatte.

Angesprochen waren Fachleute des kommunalen Gesundheits-, Integrations-, Sozial- und Bildungswesens, KommunalpolitikerInnen und andere politisch Verantwortliche, Krankenkassen, WissenschaftlerInnen sowie Selbsthilfe- und InitiativenvertreterInnen. 125 TeilnehmerInnen aus 51 Städten und Gemeinden kamen und erlebten eine fachlich und politisch intensive Tagung. Besten Dank an dieser Stelle an alle Akteure auf dem Podium und in den fünf Workshops und an die Mitwirkenden vom Leipziger Gesunde Städte-Netzwerk.

Eine Dokumentation der Tagungsbeiträge finden Sie auf der Homepage des GSN unter Dokumentation. ■

Kontakt

Gesunde Städte-Sekretariat
gesunde.staedte-sekretariat@stadt-frankfurt.de
www.gesunde-staedte-netzwerk.de (Dokumentation)

Dr. Gabriele Trost-Brinkhues (Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes), Dr. Gabriele Ellsäßer (Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit Brandenburg), Sabine Schweele (Kompetenzzentrum Berlin Friedrichshain-Kreuzberg), Dr. Michael Knipper (Justus-Liebig-Universität Gießen), Bouchra Helbach (KoGi-Projekt Frankfurt am Main) und Cornelia Bennighoven, Köln (Moderatorin) (v.l.n.r.), © Bild: Gesundheitsamt Stadt Leipzig

Imagekampagne zur Jungen Selbsthilfe wird vom Gesunde Städte-Netzwerk unterstützt

www.mehr-als-stuhlkreis.de

Ade, verstaubte Klischees und falsche Informationen über Selbsthilfegruppen! Mit der Kampagne „Mehr als ein Stuhlkreis“ möchte das Projekt Junge Selbsthilfe Berlin-Mitte/StadtRand gGmbH junge Menschen für diese Form der gegenseitigen Unterstützung begeistern.

Fünf junge Menschen aus fünf unterschiedlichen Selbsthilfegruppen erzählen von ihren eigenen Erfahrungen in der Selbsthilfe und ermutigen Andere, es einfach auch mal auszuprobieren. Die Kampagne richtet sich an junge Menschen, die mit ihren Anliegen nicht alleine bleiben möchten, ihre Freund*innen und Angehörigen. Außerdem sollen Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen, Pädagog*innen und andere Fachkräfte für das Thema Selbsthilfe sensibilisiert werden. Zur Kampagne gehören fünf Postkarten- und Plakatmotive, die kostenfrei bei StadtRand gGmbH bestellt werden können. Außerdem informiert die Webseite www.mehr-als-stuhlkreis.de über Selbsthilfegruppen und verweist auf Selbsthilfekontaktstellen in Berlin sowie bundesweit. Gefördert wird die Kampagne von der AOK und BKK. ■

Kontakt

Franziska Anna Leers
Projekt Junge Selbsthilfe Berlin-Mitte / StadtRand gGmbH
kontakt@mehr-als-stuhlkreis.de

© Bild: StadtRand gGmbH, Berlin

Eines von fünf Motiven aus der Imagekampagne der jungen Selbsthilfe

Fachlicher Austausch im Regionalen Netzwerk

Warum ein Regionales Netzwerk?

Regionale Netzwerke für effektive Gesunde Städte-Arbeit

Regionale Netzwerke im Sinne des Gesunden Städte-Netzwerkes sind Zusammenschlüsse von mehreren Mitgliedsstädten, die räumlich eine gewisse Nähe aufweisen. Das Bundesland kann, muss aber dafür nicht unbedingt das Kriterium des Zusammenschlusses sein. Bisher sind über 40 Städte und Bezirke in insgesamt sechs regionalen Netzwerken vertreten.

Welche Themen werden bearbeitet?

Die Treffen der regionalen Netzwerke finden im unterschiedlichen Turnus, ca. ein- bis viermal pro Jahr statt. Eine feste Ansprechperson lädt die Mitglieder zu den Treffen ein.

Die regionalen Netzwerke bestimmen die Inhalte der Treffen selbst. Gesetzliche Rahmenbedingungen der Gesundheitsförderung in den Bundesländern, integrierte kommunale Strategien, zielgruppenspezifische Themen, beispielsweise zu älteren Menschen, langzeitarbeitslosen Menschen und geflüchteten Menschen und fachliche Fragen z. B. zur Umweltgerechtigkeit und zur integrierten Stadtentwicklung sind Beispiele für übergreifende Themensetzungen.

Wie schließe ich mich einem Netzwerk an?

Alle Mitgliedsstädte des Gesunden Städte-Netzwerkes sind aufgerufen, sich an einem regionalen Netzwerk zu beteiligen. Wenn Sie als Stadt kein Netzwerk in Ihrer Region vorfinden, dann ergreifen Sie die Initiative und gründen Sie ein weiteres Netzwerk. Sie benötigen dazu zwei bis drei interessierte Städte, die Mitglied im Gesunden Städte-Netzwerk sind, oder es werden wollen, sowie eine Ansprechperson. Das Gesunde Städte-Sekretariat und der Sprecherinnen- und Sprecherrat unterstützen Sie gerne. ■

Kontakt
Dr. Ina Zimmermann, Stadt Nürnberg, Gesundheitsamt
ina.zimmermann@stadt.nuernberg.de

Gesunde Städte-Netzwerk Deutschland

Gesunde Städte-Netzwerk
der Bundesrepublik Deutschland

Gute Gründe für Ihren Beitritt

Wer gründete das Gesunde Städte-Netzwerk?

Im Juni 1989 in Frankfurt am Main von zehn Städten und einem Kreis gegründet, umfasst das Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland heute 78 Mitgliedskommunen: 41 Großstädte, eine Großstadtregion, 9 Berliner Bezirke, 7 Kreise sowie 20 mittlere Städte und Gemeinden. Die Besonderheit: Vor Ort und auf Bundesebene wirken kommunale Verwaltungen und zivilgesellschaftliche Initiativen und Träger aus der Selbsthilfe- und Gesundheitsarbeit gleichberechtigt zusammen.

Wofür steht das Gesunde Städte-Netzwerk?

Bürgerbeteiligung und die unvoreingenommene Einbeziehung aller Gesundheitsakteure, von Verbänden, Vereinen und Dienstleistern – auch dort, wo sie nebeneinander oder in Teilen gegeneinander agieren – sind Qualitätsmerkmale der Netzwerkarbeit. Getragen wird diese Haltung durch das Selbstverständnis der beteiligten Kommunen, lobbyfrei und zielorientiert für die Gesundheit und Wohlfahrt ihrer Bürgerinnen und Bürger zu wirken. Gesundheit geht alle an, sie darf nicht in Hierarchien, Gremien oder Konkurrenzen stecken bleiben.

Das Gesunde Städte-Netzwerk zeichnet aus, dass es allen Initiativen und Kräften vor Ort, denen Lebensqualität, soziales Dasein, Alters- und Umweltgerechtigkeit wichtig sind, auf Bundesebene eine authentische und von Verbandsvorgaben freie und ungefilterte Stimme geben kann.

„Gesundheit wird von Menschen in ihrer alltäglichen Umwelt geschaffen und gelebt: dort, wo sie spielen, lernen, arbeiten und lieben.“

aus: Charta der WHO, Ottawa 1986

Die Städte, Kreise und Gemeinden werden so zum Sprachrohr für eine lebensweltliche Gesundheitsförderung, so wie sie sich im Ergebnis gut gemeinter Gesetze im Alltag tatsächlich abspielt.

Warum Mitglied werden?

Insbesondere damit

- alle, denen Gesundheit ein Anliegen ist, mit ihren gesundheitsfördernden Initiativen eine unmittelbare politische Unterstützung vor Ort erfahren;
- die beteiligten Kommunen sich fachlich austauschen, nach effektiven Wegen der Gesundheitsversorgung, Gesundheitsförderung und Prävention suchen, auch dort, wo Bundes- und Landesgesetze nichts vorschreiben oder in der Anwendung schwächeln;
- erfolgreiche Kooperationen und Allianzen für die Gesundheit, die sich anderswo bewähren, kein Einzelfall bleiben, sondern kopiert werden und allgemeine Verbreiterung erfahren;
- Expertenwissen verfügbar wird, das dem Handeln vor Ort zu Gute kommt;
- lokale Schlüsselprojekte möglich werden, deren Partner auf Bundesebene mit dem Gesunde Städte-Netzwerk zusammenarbeiten;
- die tatsächliche Gestaltungsrolle der Kommunen für Lebensqualität, Generationen verbindenden Zusammenhalt, Inklusion, Integration, nachhaltigen Umweltschutz und gesundheitliche Chancengleichheit auf allen gesetzgebenden Ebenen des Bundes und der Länder respektiert wird;
- Gesundheitsförderung und -schutz, Umwelt- und Energiepolitik, Verbraucherschutz, Soziales, Bildung, Stadtentwicklung, Arbeits- und Wirtschaftsförderung als Ganzes wahrgenommen und stärker integriert werden.

Was bringt der Beitritt zum Gesunde Städte-Netzwerk?

Mit dem Beitritt zum Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland sind die folgenden Fachdienste und kontinuierlichen Serviceleistungen verbunden:

- Teilhabe am Internetauftritt der Mitglieder, Multiplizierung der Potenziale und Positionen jeder einzelnen Kommune
- Bezug der „Gesunde Städte-Nachrichten“, mit Praxisberichten aus engagierten Kommunen ›

Diese übersichtliche Kurzdarstellung des Gesunde Städte-Netzwerks kann als Information und Werbung für die Mitgliedschaft eingesetzt werden. Bisher wurden 3.000 Stück bei Kongressen auf Bundesebene, Fachtagen in den Kommunen und in Stadt- und Gemeinderäten verteilt.

Exemplare können kostenfrei im Sekretariat des GSN angefordert werden:
gesunde.staedte-sekretariat@stadt-frankfurt.de

- Organisation jährlicher Fachveranstaltungen zur kommunalen Gesundheitspolitik, zu guter Praxis der Gesundheitsförderung und zur Primärprävention, zum Erfahrungsaustausch und zur Fortbildung
- Informelle Beratung auf Netzwerkbasis zur Vermeidung unüberwindlicher Stolpersteine vor Ort
- Wissenstransfers bei Modellprojekten, hinsichtlich Ergebnisse, Evaluation und Finanzierung
- Direkter Fachsupport durch ausgewiesene, anerkannte GSN-Kompetenzzentren
- Verbindungsknoten zu Verbänden, Vereinen, Fach- und Dienststellen im Bund; Begleitinformation zu überregionalen Kongressen, Fachtagungen und Fortbildungen
- Fachaustausch im regionalen Verbund (Regionale Gesundheitsförderung)
- Ansehensplus in den gesundheits- und sozialorientierten Fachwelten, Ansprechpartner u. a. für Krankenkassen, Hochschulen, Stiftungen.

Was ist zu tun?

Voraussetzung der Mitgliedschaft ist ein förmlicher Beitrittsbeschluss des Rates der Gemeinde, der Stadtverordnetenversammlung oder des Kreistages.

Der Beitritt enthält den Willen und die Selbstverpflichtung,

- gesamtstrategische Ansätze zur Gesundheitsförderung in der eigenen Kommune zu entwickeln
- die koordinierenden Funktionen der Verwaltung dafür zu stärken und eine verantwortliche Person für die Arbeit im Gesunde Städte-Netzwerk zu benennen
- die Partizipation der Initiativen, Selbsthilfegruppen und -organisationen an gesundheitsförderlichen Konzepten, Plänen und Umsetzungsstrategien zuzulassen
- dabei Dienstleister, freie Träger, Fachverbände, Vereine, Institutionen, Krankenversicherungen und Stadtteilinitiativen gleichberechtigt einzubeziehen
- auf die Gesundheitsverträglichkeit bei kommunalpolitischen Entscheidungen zu achten
- am jährlichen Erfahrungsaustausch der Mitgliedsstädte und Regionen teilzunehmen
- in Abständen von vier Jahren über die eigene Entwicklung zu berichten
- Modellprojekte der Gesundheitsförderung und Prävention auf den Weg zu bringen
- dauerhafte Vernetzungs- und Unterstützungsstrukturen für die Gesundheit im Alltag zu schaffen.

Welche Verpflichtungen gibt es noch?

Zum Ausgleich der Serviceleistungen und kontinuierlichen Fachdienste wird eine Dienstleistungspauschale erhoben.

Kontakt

Sekretariat des Gesunde Städte-Netzwerks der Bundesrepublik Deutschland
Bundesweiter Koordinator: Dr. Hans Wolter
Stadt Frankfurt am Main
- Der Magistrat -
Gesundheitsamt
Breite Gasse 28
60313 Frankfurt am Main
Gesunde Städte-Telefon: 069 212-37798
gesunde.staedte-sekretariat@stadt-frankfurt.de
www.gesunde-staedte-netzwerk.de
Twitter: Salutogenese @gesunde_staedte

Vertretung der Gesundheits- und Selbsthilfeinitiativen in der Geschäftsführung
Reiner Stock
Gesunde Städte-Telefon in der Servicestelle
BürgerInnen-Beteiligung: 069 20 32 72 93
reiner.stock@selbsthilfe-frankfurt.net

DAS KANN SELBSTHILFE!

„Es gibt ein Wort, das jedem als praktische Lebensregel dienen könnte: Gegenseitigkeit.“ (Konfuzius) – Einander zuhören, sich helfen, gemeinsam aktiv sein: In Selbsthilfegruppen nutzen Menschen ihr Wissen und ihre Kompetenzen, um sich gegenseitig zu unterstützen.

In Deutschland gibt es rund 50.000 Selbsthilfegruppen für fast alle körperlichen und psychischen Erkrankungen und Behinderungen. Von Volkskrankheiten wie etwa Krebs, Diabetes oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen bis hin zu seltenen Krankheiten, von denen nur wenige Menschen betroffen sind.

Doch Selbsthilfe beginnt bereits beim Ich. Wer sich für die Selbsthilfe entscheidet, stellt sich seiner Erkrankung und tritt aus der Isolation heraus. Er akzeptiert den Status quo nicht einfach, sondern blickt nach vorn. Erst dann tun sich Menschen mit anderen zusammen.

Um diesen vielseitigen Selbsthilfe-Aktivitäten ein Gesicht zu geben, hat der Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek) Studierende an Schulen und Hochschulen für Fotografie sowie junge Fotografen eingeladen, das breite Spektrum der Bewältigungsstrategien – von individuell bis gemeinschaftlich – in Bildern einzufangen. Die Reaktion war beeindruckend. Wir erhielten viele interessante Einsendungen. Mal nachdenklich, mal hoffnungsvoll, mal verspielt, mal traurig. Aber immer nah dran an den Menschen, um die es geht.

Entstanden ist ein buntes Panorama, das zeigt, wie vielschichtig die Perspektiven junger Menschen auf das Thema Selbsthilfe sind. Ein Fotoband versammelt die ausgezeichneten Fotos und weitere überzeugende Einsendungen, die auch in einer Wanderausstellung gezeigt werden, die gebucht werden kann. Die stilistische Vielfalt der Arbeiten spiegelt ihren Gegenstand: die Vielseitigkeit der gesundheitlichen Selbsthilfe.

Das Bild hier und auf der Rückseite ist von der Fotografin Susanne Paasch, die den 2. Preis gewonnen hat.

Informationen zur Wanderausstellung und zum Fotoband finden Sie über diesen Link: www.vdek.com/ueber_uns/vdek-fotowettbewerb/selbsthilfe.html

Der vdek ist ein Zusammenschluss der sechs Ersatzkassen: TK, BARMER, DAK, KKH, HKK und HEK. ■

© Bild: vdek/Susanne Paasch

Foto aus der Fotoserie „Lebensfreude“, 2. Preis vdek-Fotowettbewerb „WAS KANN SELBSTHILFE?“
Fotografin: Susanne Paasch, Schwentinental, © Bild: vdek/Susanne Paasch

Informationen zur Wanderausstellung des vdek finden Sie auf Seite 55 im Innenteil.

Gesunde Städte-Netzwerk
der Bundesrepublik Deutschland